PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 4. April 1914. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Beamtenaktionäre.

In den Generalversammlungen der Nationalbank für Deutschland und der Deutschen Bank haben Vertreter des Allgemeinen Deutschen Bankbeamten-Verbandes die Rechte der Angestellten der Institute wahrzunehmen versucht. Sie sind dabei den Spuren des Verbandes der Technisch-industriellen Beamten und des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes gefolgt, die früher schon Angestelltenfragen vor das Forum der Aktionäre verschiedener Fabrikationsaktiengesellschaften und der Großen Berliner Straßenbahn zu bringen versuchten. Bei der Straßenbahn hat man sich so an diese Arbeitergäste gewöhnt, daß auf einer der letzten Generalversammlungen Geheimrat Arnhold einem Aktionär, der glaubte, auf das Ungehörige der Behandlung solcher Fragen in der Aktionärversammlung hinweisen zu müssen, mit dem Bemerken abwinkte, daß er durchaus gern auf die an ihn gestellten Fragen der Gewerkschaftvertreter antworte. Und auch auf den Bank-Generalversammlungen hat man praktisch nicht den Versuch gemacht, die Anwälte der Beamten am Reden zu hindern. Nur ganz zum Schluß wurde vom Aufsichtratsvorsitzenden der Deutschen Bank, dem greisen Geheimrat Herz, eingeworfen, „daß die Debatte über die Beamten überhaupt nicht in die Generalversammlung gehöre, sondern eine interne Angelegenheit der Verwaltung sei".

Diese Worte lassen es erwünscht erscheinen, die prinzipielle Berechtigung des Vorgehens des Bankbeamten-Verbandes zu prüfen. Formell war die Bemerkung der Exzellenz Herz durchaus korrekt. Die juristische Regelung des Verhältnisses von Angestellten gehört nicht in die Generalversammlung, die für diese Fragen nicht kompetent ist. Denn eine vielköpfige Versammlung kann nicht über Entlassung oder Anstellung von Angestellten entscheiden. Das steht vielmehr im Kompetenzbereich der Direktion, und schon der Aufsichtrat hat in diesen Dingen nur ein beschränktes Recht. Aber auf der anderen Seite steht der Generalversammlung, ähnlich wie dem Parlament in der Etatsdebatte, die Kritik der Geschäftsführung des Vorstandes einer Aktiengesellschaft in weitestem Umfange zu. Und die Aktionäre sind unter diesem Gesichtspunkt auch zweifellos berechtigt, die Frage der Behandlung der Angestellten und Arbeiter seitens der Direktion zu diskutieren. Allerdings nur die Aktionäre. Jedoch wenn ein Aktionär die vom Statut vorgeschriebenen Bedingungen für die Teilnahme an der Generalversammlung erfüllt, so darf zunächst nicht geprüft werden, welche Aemter der betreffende Aktionär im Berufsleben außerhalb des Versammlungsaales bekleidet, und prinzipiell und theoretisch ist es auch durchaus unstatthaft, den Interessen nachzuforschen, aus denen der Aktionär redet oder stimmt. In der Praxis kann dieses unumschränkte Recht allerdings dadurch sehr erheblich beschränkt werden, daß es der Generalversammlung stets freisteht, einen Aktionär anzuhören oder nicht. Aber nur durch einen Beschluß der Generalversammlung wäre es möglich, jemandem das Wort zu entziehen, der eventuell durch den Inhalt seiner Rede gegen die Interessen der Gesellschaft verstößt. Davon kann man aber im allgemeinen durchaus nicht schon dann reden, wenn Aktionäre sich über das Verhältnis von Gesellschaften zu ihren Angestellten verbreiten. Schon deshalb nicht, weil unter Umständen die Stellung des Vorstandes zu Beamten und Arbeitern ein sehr wesentliches Interesse

der Gesellschaft berühren kann. Ich habe früher schon einmal darauf hingewiesen, daß ein gutes Verhältnis zwischen Bankleitungen und Bankbeamten durchaus im Interesse der Banken und ihrer Aktionäre gelegen ist. Denn schließlich sind die Bankangestellten die ausführenden Organe, von deren Exaktheit und Redlichkeit außerordentlich viel im Bankbetriebe abhängt. Ein uninteressiertes, schlecht unterrichtetes, lässiges Beamtenkorps kann der Bank direkt und indirekt soviel Schaden zufügen, daß daraus schließlich auch für die Aktionäre arge Mißhelligkeiten entstehen können. Die ganze Konstruktion unserer großen Banken macht sie noch vielmehr als andere Aktiengesellschaften zu Organen des öffentlichen Lebens. Die vielen Millionen von Depositengeldern, die heute unseren Banken zufließen, knüpfen diese mit unzähligen Fäden an alle möglichen Schichten der Bevölkerung. Nun ist es allerdings richtig, daß letzten Endes die Frage, welcher Bank man seine Depositen anvertrauen soll, nach der Sicherheit und dem geschäftlichen Ruf der Bank entschieden wird. Aber andererseits spielen doch auch da eine ganze Menge gefühlsmäßiger Imponderabilien mit. Das Heer der Bankbeamten entstammt zu einem erheblichen Teil den gleichen Schichten, aus denen sich auch die Mehrzahl der Depositengläubiger rekrutiert. Väter, Brüder, Vettern und Bekannte einer großen Zahl, namentlich der kleineren Depositäre, sind auf den Banken in Stellung und bestimmen mehr oder weniger klar Richtung und Grad ihrer Sympathie. Deshalb hängen alle Banken mehr oder weniger auch in ihrem Ruf von der Beamtenschaft ab, und schon um deswillen tun die Banken klug daran, der Diskussion einer Materie nicht auszuweichen, an der, von diesem Standpunkt aus betrachtet, ihre Aktionäre ein nicht unerhebliches Interesse haben.

Wenn man das aber einmal grundsätzlich eingesehen hat, so sollte man sich hüten, in derartige Diskussionen Formen einzuführen, die unnötig die Gegensätze verschärfen. Das hat leider Herr von Gwinner getan. Wenn er namens der Bank in ausführlicher Rede auf die Anfragen des Angestelltenvertreters antwortete, so zeigte er damit, daß es ihm selbst gar nicht unerwünscht war, einmal vom Verwaltungtisch aus über eine Materie zu sprechen, die die Oeffentlichkeit lebhaft beschäftigt hatte. Weshalb dann aber der Hinweis darauf, daß der Anfragende ein bezahlter Vertreter der Bankangestellten sei? Herr von Gwinner würde es sicher sehr unangenehm empfinden, wenn man von ihm als dem bezahlten Vertreter der Deutschen Bank sprechen wollte. In der Tatsache, daß jemand Direktor einer Aktiengesellschaft ist, liegt ohne weiteres schon das Faktum eingeschlossen, daß er für seine Tätigkeit bezahlt wird. Darauf hat er sogar ein gesetzliches Anrecht. Wenn man aber die Tatsache des Bezahltseins ausdrücklich hervorhebt, so liegt darin immer der Vorwurf, daß man für eine nicht achtenswerte Tätigkeit bezahlt wird. Das aber trifft auf den bezahlten Leiter eines Angestelltenverbandes genau so wenig zu, wie auf Herrn von Gwinner. Auch seine Tätigkeit ist nach Lage unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig. Und wenn der Vertreter eines Angestelltenverbandes glaubt, die Rechte seiner Schutzbefohlenen auch in einer Generalversammlung von Aktionären vertreten zu müssen, so handelt er damit durchaus pflichtgemäß und ist z. B. durchaus nicht schlechter, als ein Rechtsanwalt, der einen Aktionär vertritt, dessen Interessen vielleicht sogar im Augenblick keineswegs mit denen der betreffenden Aktiengesellschaft übereinstimmen.

Ebensowenig kann man es billigen, wenn Herr von Gwinner sich auf den Standpunkt stellt, es sei die Aufgabe oder die Absicht des durch einen Aktionär repräsentierten Angestelltenverbandes unter den Beamten Unruhe zu stiften. Ich habe an dieser Stelle in ausführlichen Darlegungen, die mir von dem Allgemeinen Bankbeamten-Verband schwer verübelt worden sind, die Taktik dieser Angestelltenorganisation verurteilt. Die Mittel, die sie wählt, scheinen mir in Anbetracht der besonderen Umstände des Bankgewerbes auch heute noch verfehlt. Aber ich glaube gerade deshalb darf ich besonders darauf hinweisen, daß auch dieser Verband, wie alle übrigen Organisationen von Arbeitnehmern, den besten Willen hat, den Angestellten zu nützen. Es ist das Recht des Herrn von Gwinner, diesen Nutzen zu verneinen. Er mag es auch von seinem Standpunkt aus bedauern, daß es eine Begleiterscheinung der notwendigen Agitation des Verbandes ist, daß mitunter auch nicht gerade die wertvollsten Elemente der Beamtenschaft zu einer Ueberspannung ihrer Ansprüche getrieben werden. Aber das alles berechtigt ihn nicht, die Motive eines Verbandes zu verdächtigen und als Zweck hinzustellen, was eine — vielleicht manchmal auch objektiv nicht erfreuliche — Begleiterscheinung ist.

Auf einem ganz anderen Brett steht aber die Frage, ob im vorliegenden Fall das Interesse der Angestellten richtig vertreten war. Wenn der Angestelltenvertreter in eine Generalversammlung geht, so kann es nur sein Bestreben sein,

das Interesse der unabhängigen Aktionäre für sich und seine Angelegenheiten zu erwecken. Denn ohne die Hilfe der Aktionäre ist er machtlos. Er muß den Aktionären zeigen, wie und worin sein und ihr Interesse solidarisch ist. Das ist leider weder bei der Nationalbank für Deutschland noch bei der Deutschen Bank dem Angestelltenvertreter gelungen. Im Gegenteil. Als ein Aktionär darauf hinwies, daß die Aktionäre bei der augenblicklichen Dividende der Deutschen Bank nur eine Verzinsung von etwa 5% von ihrem Gelde haben, da ertönte der Zwischenruf: „Das ist auch genug". Darin liegt ein vollkommenes Aufgeben der ursprünglichen Position, denn wenn man an die Aktionäre appelliert, kann man nicht gleichzeitig ihre Interessen derart verletzen.

Nun könnten sich allerdings die Angestelltenvertreter auf den Standpunkt stellen, daß es ihnen gar nicht darauf ankomme, auf die Aktionäre zu wirken, weil sie sich nicht einbilden, zu ihren Gunsten irgendeinen Generalversammlungbeschluß durchsetzen zu können. Ich halte im Zusammenhang mit dem, was ich oben gesagt habe, diesen Standpunkt für falsch. Allein man kann ihn einnehmen, und man kann konsequenterweise dann dazu kommen, zu sagen, daß man lediglich das agitatorisch auszusprechen beabsichtigt, was man gegen die Verwaltung auf dem Herzen hat. Dann muß man sich aber vor Augen halten, daß die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft keine Volksversammlung ist. Vor allem aber darf man nicht vergessen, daß es keine Versammlung ist, in der man das letzte Wort hat. Man ist vielmehr im besten Fall nur zu einer kurzen Diskussionsrede verstattet. Jeder geschulte Agitator weiß, daß man in solchem difficilen Fall besonders vorsichtig sein muß, und daß es eine sehr mißliche Sache ist, wenn einem hinterher der Vorwurf nicht stichhaltigen Materials oder gar der Einwand der ungenügenden Substanzierung des Materials gemacht werden kann. Gegen diese Grundregel der Versammlungtechnik verstieß der Bankbeamtenvertreter. Ganz besonders bei der Nationalbank für Deutschland. Dort erhob er überhaupt nur allgemeine Einwände, die jedes wirklichen Interesses entbehrten. Bei der Deutschen Bank stellte er zunächst banktechnische Monita, die er sich eigentlich hätte allein beantworten können. Er verlangte ferner die Erwähnung des Vorfalles in der Beamtenschaft im Geschäftsbericht. Das war ein doppelter taktischer Fehler, weil er dieses Ansinnen höchstens doch insofern vom aktienrechtlichen Standpunkt hätte stellen können, als dieser Vorfall irgendwie eine Rückwirkung auf die Bilanz gezeigt hatte. Nun hätte er ja vorher aber selbst aus dem Vergleich der Bilanzen sich überzeugen können, daß die Depositengelder der Deutschen Bank gegen das Vorjahr erheblich gestiegen waren. Da war es ja wirklich recht unklug, Herrn von Gwinner selbst die Gelegenheit zu geben, auf diese Steigerung noch ausdrücklich hinzuweisen, und auf diese Weise die Machtlosigkeit der Verbände sich noch attestieren zu lassen. Jedoch von diesen kleinen Fehlern will ich einmal ganz absehen. Viel schwerer wiegt die kleinliche Art der Kritik in den Beamtenfragen. Damit, daß man allgemein die Tantiemen und Gehälter der Vorstandsmitglieder bemängelt, kann man keine Sympathien in der Oeffentlichkeit erwecken. Daß unsere Bankdirektoren und unsere Bankaufsichträte relativ hohe Einkommen beziehen, ist heute allgemein bekannt. Man soll überhaupt namentlich vom Standpunkt des Angestellten, niemals bekritteln, daß ein anderer ein zu hohes Einkommen hat. Eine Kritik muß vielmehr an dem Ende einsetzen, nachzuweisen, daß die Angestellten zu niedrige Gehälter haben. Um das zu beweisen, muß man aber Material besitzen. Man sollte doch meinen, daß es einem Bankbeamtenverein ein Leichtes ist, Material zu gewinnen, um die Gehaltsverhältnisse auf einer Bank spezialisiert nachweisen zu können. Das allein könnte vielleicht wirken, obwohl man befürchten müßte, daß dabei sich herausstellte, wie die Gehälter der Bankangestellten immer noch relativ besser seien als das Einkommen des Durchschnitts der übrigen Handlunggehilfen. Es fragt sich weiter, ob es klug ist, fortwährend das Gewicht auf Teuerungzulagen zu legen. Man sollte doch meinen, daß eine konsequente Angestelltenvertretung das alleinige Gewicht auf eine dauernd auskömmliche Bezahlung der Angestellten legt. Daß sie dagegen Teuerungzulagen, wenn es sich einmal um Zeiten vorübergehenden Notstandes handelt, ein für allemal verwirft. Endlich aber scheint mir auch, daß selbst diejenigen Forderungen, die berechtigt sind, ungenügend motiviert wurden. Was läßt sich alles über die Notwendigkeit von Angestelltenausschüssen aus betriebstechnischen und aus Sicherheitgründen sagen! Und wie wenig von dem, was sich sagen ließe, ist gesagt worden. Wenn sich die Bankangestellten vor Aktionären und vor der Oeffentlichkeit als Aktionärredner Gehör verschaffen wollen, dann müssen sie für die Zukunft ihre Generalversammlungtechnik noch wesentlich verbessern.

Organisation, Betrieb und Buchführung.

Dr. J. Fr. Schär-Berlin
Professor an der Handelshochschule.

I.

In den ersten Monaten jedes neuen Jahres konzentriert sich das Interesse der Unternehmer und aller derjenigen, die direkt oder indirekt dabei beteiligt sind — Aktionäre, Börsen, Presse, Politiker Volkswirte — auf die Bilanzen. Verkünden doch die Ergebnisse der Jahresrechnungen Aufschwung oder Niedergang der betreffenden Unternehmung, hohe oder niedrige Dividenden, Kursgewinne oder Kurseinbußen, und, wenn man sie in ihrer Gesamtheit betrachtet, sogar die Prosperität oder Krankheit des gesamten Wirtschaftkörpers. Ein Vergleich mit früheren Jahren vermittelt uns noch ein unzweideutiges Bild der pendelartigen Schwingungen der Gesamtwirtschaft zwischen Hoch- und Tief konjunktur.

Das führt uns darauf, daß jede privatwirtschaftliche Unternehmung, deren Ergebnisse sich in den Bilanzen widerspiegeln, von jenem Machtfaktor stark beeinflußt wird, der außerhalb der Machtsphäre des einzelnen Wirtschafters liegt, der Konjunktur, d. h. dem Zusammenwirken der sämtlichen im wirtschaftlichen Organismus tätigen Kräfte und Zustände bei der Preisbildung von Ware, Arbeit Kapital. Aber die Konjunktur ist nur einer der Faktoren, der das Bilanzergebnis beeinflußt. Ihm gegenüber, in der Regel mächtiger als die Konjunktur, steht der kaufmännische Geist, das treibende Agens, das selbst die Konjunktur in seine Dienste zwingt: wir meinen die kaufmännische Organisation des privatwirtschaftlichen Betriebes. Diese Organisation ist der Motor, der Einheitwille, der das ganze Getriebe einer Sonderwirtschaft in Bewegung setzt. In der Bilanz kommt rechnungmäßig zutage, ob die Organisation gut oder schlecht ist, ob der aus ihr abgeleitete Betrieb seinen Zweck erreicht oder nicht. Denn die Organisation wirkt schon bei der Gründung mit, sie setzt den Zweck der Unternehmung, besorgt die Finanzierung, wählt die Unternehmungsart, die Rechtsform, den Standort. Einmal begründet, hat die Organisation den inneren und äußeren Betrieb zu führen und zu überwachen und den veränderten Verhältnissen anzupassen, zu vervollkommnen, die besten Kräfte als Mitarbeiter heranzuziehen, die Beziehungen zum Markt, die Anpassung an die Konjunktur in die Wege zu leiten. Ferner obliegt der Organisation die Betätigung der Einkaufs- und Verkaufskunst, das gesamte Rechnungwesen, die Oekonomie in der gesamten Verwaltung und vieles andere mehr.

Organisation und Bilanz sind daher das Alpha und das Omega, das Anfangs- und das Schlußglied jeder wirtschaftlichen Unternehmung. Aber selbst die Bilanz ist nur das Schlußglied der Organisation des Rechnungwesens, d. i. der Buchführung. Jede wirtschaftliche Betrachtung der Unternehmung dreht sich also um die drei Begriffe: Organisation, Betrieb und Buchführung. Die Beziehungen zwischen diesen drei Grundlagen der kaufmännischen Unternehmungen kurz zu erörtern, ist Aufgabe der nachfolgenden Abhandlung.

Der Wirtschaftbetrieb in jeglicher Form ist die Kunst, ein Geldkapital oder andere Sachgüter planmäßig in Kreislauf zu setzen zu dem Zweck, daß sich diese dem Wirtschaftinhaber mit einem Aufschlag (Gewinn) reproduzieren, daß somit das Endglied des Kreislaufes, in Geld gemessen, einen höheren Wert hat als das Anfangsglied. Die Lehre von dieser Kunst heißt Betriebslehre, und zwar gibt es so viele Zweige der Betriebslehre als Wirtschaftarten. Man spricht von einer Handelsbetriebslehre, von einer Betriebslehre der Industrie, der Landwirtschaft, des Bergbaues, der Bank, des Versicherungswesens, des Verkehrswesens, des Handwerks usw.; aber das allen Arten der Betriebslehren Gemeinsame ist die Lehre von dem oben erwähnten Kreislauf.

Die Buchhaltung ist diejenige Geschichtsschreibung über Gründung, Betrieb und Liquidation einer Sonderwirtschaft, die den Kreislauf ihres Vermögens rechnungmäßig darstellt und über Bestand und Erfolg dieses Kreislaufs mittels der in Konten gekleideten Wertgleichung Rechenschaft gibt.

Halten wir diese beiden Definitionen über Betrieb und Buchhaltung zusammen, so wird sofort klar, daß die systematische Buchhaltung für alle die ungezählten Arten und Formen und Größen des Wirtschaftbetriebes gleich anwendbar, gleich notwendig ist. Darin liegt auch die tiefere Begründung des bekannten Goetheschen Urteils über die doppelte Buchhaltung. In der Tat ist die systematische Buchhaltung eine solche geniale Erfindung, daß sie allen Wirtschaftbetrieben angepaßt werden kann, daß insbesondere ihre Grundsätze und Normen für alle Wirtschaftbetriebe angewendet werden können. Man spricht zwar von kaufmännischer Buchhaltung, Bankbuchhaltung, Landwirtschaftbuchhaltung usw. Aber die Differenzen dieser verschiedenen Anwendungen des einen und gleichen Systems betreffen immer nur nebensächliche Abweichungen, die in der Verschiedenheit des oben erwähnten Kreislaufes des Kapitals begründet sind. Wer die wissenschaftlichen Grundlagen der Buchhaltung erfaßt hat und in ihr Wesen eingedrungen ist, der wird auch mit Leichtigkeit sich in allen diesen den Wirtschaftformen und Größen angepaßten Buchführungarten zurechtfinden, einfach aus dem Grunde, weil er das ihr zugrunde liegende System kennt. Freilich verhält es sich mit der Buchhaltung wie mit den Wirtschaftbetrieben. Beide verlangen besondere Fach- und Berufskenntnisse. Der Industrielle muß die Fabrikbetriebslehre verstehen; auch der Buchhalter einer Fabrik muß

den industriellen Betrieb kennen, freilich nicht in dem Grade, wie der Betriebsleiter, weil die Kunst, die Güter in Kreislauf zu setzen, höhere Anforderungen stellte als die Kunst, die Geschichte dieses Kreislaufes zu schreiben. Aehnlich verhält es sich mit dem Betrieb und der Buchhaltung im Handel, im Bankwesen, in der Landwirtschaft usw. Das erste, was wir daher von einem Buchhalter verlangen müssen, ist, daß er das Wesen der Buchhaltung gründlich kennt; das zweite, daß er sich in die Art des Wirtschaftbetriebes einlebt, damit er das System auf den vorliegenden Fall richtig anwenden bzw. seine Buchführung dem betreffenden Wirtschaftbetrieb anpassen kann. Wir können unsere Erörterungen daher in folgende Gedanken zusammenfassen:

Es gibt nur ein System der doppelten Buchhaltung, wie mannigfaltig auch seine Anwendung auf die nach Art, Größe, Form, rechtlicher Konstruktion verschiedenen Wirtschaftbetriebe sein möge; immer handelt es sich darum, den Kreislauf des Geschäftskapitals einer Sonderwirtschaft in allen seinen Stadien lückenlos zu verfolgen, um jederzeit Größe und Zusammensetzung des Vermögens nachweisen und den Gewinn oder Verlust durch eine doppelte Rechnung bestimmen zu können. Die praktische Anwendung auf die verschiedenen Arten und Größen der Wirtschaftbetriebe ist nur eine Anpassung eines und desselben Systems auf den Einzelfall, wozu allerdings auch die Kenntnis des betreffenden Wirtschaftbetriebes unerläßlich ist.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Sachverständige.

Der Syndikus der Düsseldorfer Handelskammer, Herr Dr. Brandt, richtet an mich die folgende Zuschrift:

„Sie beschäftigen sich in dem Artikel „Sachverständige“ im 13. Hefte Ihrer Wochenschrift mit einem Bericht über Industrie, Handel und Reichstag, den ich im Deutschen Handelstage erstattet habe. Als über diese Angelegenheit die erste Düsseldorfer Denkschrift erschienen war, hat die Düsseldorfer Handelskammer die bedeutendsten Fach- und Tageszeitungen, darunter auch den „Plutus“, zweimal brieflich dringend gebeten, die Denkschrift zu besprechen. Darauf war, von einzelnen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, tiefes Schweigen im deutschen Blätterwalde, auch im „Plutus“. Jetzt plötzlich halten Sie es für der Mühe wert, der in den Düsseldorfer Denkschriften vertretenen Sache einen ganzen Artikel zu widmen. Leider ist dieser Artikel geschrieben ohne Kenntnis meines Berichtes im Deutschen Handelstage und ohne Kenntnis der beiden Düsseldorfer Denkschriften.

Um das zu beweisen, genügt es, zwei Behauptungen aus dem Artikel herauszugreifen. Die eine lautet, „meine Ausführungen im Deutschen Handelstage hätten eine deutliche Spitze gegen die Sozialpolitik des Deutschen Reichstages gehabt“. Diese Behauptung ist unwahr. Als ich im Auftrage der Düsseldorfer Handelskammer die genannten Denkschriften schrieb, wußte ich, daß man von vornherein versuchen würde, sie mit dem Makel der Scharfmacherei zu belegen und damit für viele Leute unmöglich zu machen. Deshalb ist in unseren Denkschriften gerade die Kritik der Sozialpolitik mit Vorsicht behandelt und, wo es geschah, mit den sichersten Beweisen belegt worden, und in meinem Bericht im Handelstage ist von Sozialpolitik überhaupt kein Wort gefallen.

Die zweite Behauptung lautet: „wenn der Syndikus der Düsseldorfer Handelskammer über Wahlfragen zum Wort komme, so spreche er genau dieselben Ansichten aus, wie sie in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und dem Zentralverband Deutscher Industrieller zutage treten.“ Ich weiß nicht, was für Ansichten die rheinisch-westfälische Schwerindustrie über Wahlfragen hat und ob sie überhaupt eine einheitliche Ansicht über diese Dinge hat, und muß feststellen, daß der Bezirk der Handelskammer zu Düsseldorf bekanntlich (oder Ihnen doch nicht bekannt?) gar nicht der Sitz von Werken der Schwerindustrie ist. Ich nehme aber wohl mit Recht an, daß Sie mit diesen Andeutungen meinen, ich hätte mich gemäß den von der „Deutschen Tageszeitung“ an meinen Vortrag geknüpften Hoffnungen gegen das Reichstagswahlrecht ausgesprochen. Das ist gleichfalls unrichtig. Ich habe im Handelstag über eine Aenderung des Reichstagswahlrechts kein Wort gesagt und mich mit dieser Frage gar nicht beschäftigt. Wir haben vorausgesehen, daß der Vorwurf, gegen das Reichstagswahlrecht anzugehen (wenn das überhaupt ein Vorwurf ist), die zweite vergiftete Waffe sein würde, die man gegen uns benutzt. Daher finden sich schon in unserer ersten Denkschrift folgende Sätze:

„Es ist ganz interessant, zu beobachten, wie infolge der vollständigen Nichtachtung der Beschwerden selbständiger Unternehmer im Reichstage in der Industrie Wünsche für die Beseitigung des Reichstagswahlrechts, Gründung einer Arbeitgeberpartei oder für eine ständische Gliederung der Parlamente auftauchen, aber man sollte andererseits auch nicht vergessen, daß sich selbst die „Frankfurter Zeitung“ angesichts der Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen von dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht zum Reichstag in seiner heutigen Form abgewendet hat und eine Vertretung der Minderheiten durch Einführung der Verhältniswahl fordert. Vor wenigen Jahren noch waren gerade in den der „Frankfurter Ztg.“ nahestehenden Kreisen derartige Gedankengänge durchaus unbeliebt und stark verdächtig.

Der Hoffnung, das Reichstagswahlrecht ändern zu können, sollte man so wenig vertrauen, wie dem Gedanken einer Arbeitgeberpartei, den man sehr schnell als unausführbar erkennen mußte.“ Ferner finden sich in unserer zweiten Denkschrift gegen den von Dr. Schlencker in Saarbrücken entworfenen Plan eines Herrenhauses im Deutschen Reiche folgende Ausführungen: „Es wäre vermessen, zu glauben, daß der Reichstag einer Verfassungänderung (mit dem Ziel, ein Herrenhaus des Deutschen Reiches zu schaffen) zustimmen werde, die die ausgesprochene Absicht hat, ihm die errungene Macht wieder ganz oder teilweise zu entreißen. Wir haben zwar keine parlamentarische Regierung, aber der parlamentarische Einfluß im Reiche ist ganz überraschend und gewaltig gewachsen. Das läßt man sich nicht so schnell wieder nehmen. Hier liegen die Dinge offenbar ganz ähnlich wie bei der Aenderung des Reichstagswahlrechts, für die es nur zwei Wege gibt, entweder den Staatsstreich, der ausscheidet, oder die Erkenntnis und der Wille in den linken Parteien des Reichstags einschließlich des Zentrums, daß das Wahlrecht geändert werden muß.“

Aus diesen Aeußerungen geht für jeden Unbefangenen hervor, daß von Düsseldorf aus Aenderungen des Wahlrechts zum Reichstag nicht vertreten, sondern ziemlich deutlich abgelehnt worden sind.

Auf den übrigen Inhalt des Aufsatzes über Sachverständige im „Plutus“, der falsches, halbrichtiges und richtiges durcheinander mischt und entsprechende Schlüsse zieht, will ich nicht eingehen. Wer unsere Denkschriften und meinen Vortrag im Handelstag gelesen hat, kann ernstlich die meisten dieser Einwände nicht mehr machen und wird fast alles das, was an der heutigen Form der Interessenvertretung zu tadeln ist, ebenfalls schon in diesen Veröffentlichungen getadelt finden. Ich kann es nur lebhaft bedauern, daß eine so ernste Angelegenheit in solcher Weise nicht behandelt, sondern mißhandelt wird. Der Plutusartikel ist aber nur ein Glied in der Kette von Erfahrungen, daß nichts in der deutschen Presse schwerer durchzusetzen ist, als Objektivität gegen das Unternehmertum.

Ich darf erwarten, daß Sie von diesem Briefe Ihren Lesern Kenntnis geben. Vielleicht bewegen diese Zeilen einige Ihrer Leser dazu, erst einmal unsere Denkschriften zu lesen, zu denen sich im nächsten Monat eine kritische Auseinandersetzung mit falschen Einwänden gegen unsere Vorschläge gesellen wird, bevor sie über diese Dinge urteilen.“

Ich habe durch den vollständigen Abdruck der Zuschrift des Herrn Dr. Brandt seinem Wunsche, den Inhalt seiner Zeilen zur Kenntnis meiner Leser zu bringen, im weitestem Umfange Rechnung getragen. Ich bedauere nur, daß Dr. Brandt in seiner Gereiztheit, die nur allzu deutlich aus seinem Briefe spricht, es nicht für nötig gehalten hat, auf den sachlichen Inhalt meines Artikels einzugehen. Es wäre sicher für die Leser des Plutus sowie auch für mich ein großer Gewinn gewesen, einmal zu hören, was Herr Dr. Brandt von dem Inhalt meines Artikels für falsch, was er für halbrichtig und was er für richtig hält. Der Vorwurf, daß ich gegen das Unternehmertum nicht objektiv sei, trifft mich nicht. Ich glaube, daß jeder, der die vorliegenden 20 Bände des Plutus auch nur teilweise im Zusammenhange gelesen hat, wird zugeben müssen, daß ich mich dem Unternehmertum gegenüber genau so wie gegenüber den Arbeitnehmern befleißige, so objektiv wie möglich zu sein. Freilich steht leider Herr Dr. Brandt und viele andere Syndici von Unternehmerverbänden auf dem Standpunkt, daß objektiv nur derjenige ist, der in den Arbeitgebern das Ideal aller Objektivität sieht, und daß umstürzlerischer Gesinnungen dringend verdächtig derjenige ist, der die Stellung der Arbeitgeber zu gewissen Fragen bekrittelt.

Nun hat allerdings Herr Dr. Brandt in seiner Kritik meiner Ausführungen insofern recht, als ich in der Tat die Denkschriften der Düsseldorfer Handelskammer nicht gekannt habe, und zur Grundlage meiner Kritik die Berichte, die in den Zeitungen über die Rede des Herrn Dr. Brandt standen, benutzte. Das habe ich allerdings ausdrücklich betont. Aber es war gar nicht so sehr die Rede des Herrn Dr. Brandt, die mich bewog, auf die Angelegenheit zurückzukommen, sondern die Tatsache, daß die Rede im Deutschen Handelstag gehalten, und daß die von Dr. Brandt eingebrachte Resolution nicht bloß vom Vorstand des Handelstages anscheinend approbiert, sondern ohne jede Diskussion angenommen wurde. Dadurch war die Angelegenheit für mich in der Tat viel ernster, als wenn es sich um eine Sache gehandelt haben würde, die lediglich auf die Autorität des Herrn Dr. Brandt und seiner Handelskammer fundiert war. Daß die Rede des Herrn Dr. Brandt ebenso wie der ganze Beschluß des Handelstages sich im wesentlichen gegen die Sozialpolitik richtete, bleibt auch trotz des Widerspruches des Herrn Dr. Brandt richtig. Gewiß hat Herr Dr. Brandt — was ich ihm auch, ohne seine Rede im Wortlaut zu kennen, gern glaube — im Handelstage kein Wort von der Sozialpolitik gesprochen. Das war aber auch gar nicht notwendig. Aber was hatte denn die ganze Klage darüber, daß die Wünsche des Unternehmertums bei den Abgeordneten keine genügende Berücksichtigung finden, für einen anderen Sinn, als den, zu sagen, daß den Arbeitnehmern, die die große Menge der Wähler stellen, eben mehr Interesse seitens des Reichstags entgegengebracht wird, als den Arbeitgebern. Wo aber stehen sich denn anderwärts als in der Sozialpolitik die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegenüber? Daß Herr Dr. Brandt von der Sozialpolitik nicht gesprochen hat, macht seiner Klugheit alle Ehre, daß er aber nun deshalb verlangt, man solle annehmen, er habe auch die Sozialpolitik nicht gemeint, läßt die Klugheit, die er bei seinen Kriti-

kern voraussetzt, recht gering erscheinen. Es ist mir weiter aber gar nicht eingefallen, zu behaupten, daß Herr Dr. Brandt erklärt habe, er wolle das Reichstagswahlrecht ändern. So ergibt sich auch hier als Konsequenz seiner Worte ohne weiteres dasjenige, was auszusprechen oder gar öffentlich als seinen Wunsch auch nur anzudeuten, Herr Dr. Brandt zu klug war.

Ich möchte doch die betreffende Stelle meines Artikels noch einmal hierher setzen. Sie lautet: „Es wurde nicht ausdrücklich gesagt (Was will Herr Dr. Brandt noch mehr?! G. B.), daß das demokratische Reichstagswahlrecht an der Misere die Schuld trage. Aber die Deutsche Tageszeitung hat mit feinem Spürsinn der Katze die Schelle umgehängt, indem sie als die selbstverständliche Konsequenz der Aktion des Handelstages die Forderung einer Aenderung des Reichstagswahlrechts hinstellte. Denn wenn die Reichstagsabgeordneten der Masse zu gefallen suchen, so ist doch das nur die Folge davon, daß sie von der Masse gewählt werden. Es ist ja doch kein Zufall, daß die Fraktionen aller Parteien im deutschen Abgeordnetenhaus, für das ein klassengestuftes Wahlrecht gilt, sich wesentlich zahmer gebärden, als die Fraktionen der gleichen Parteien im Reichstag.“ Diesen Worten habe ich nichts hinzuzufügen, aber ich kann leider auch nach den Aeußerungen des Herrn Dr. Brandt nichts von ihnen fortnehmen. Im übrigen sagt Herr Dr. Brandt auch in den Stellen aus seinen Denkschriften, die er zitiert, nicht etwa, daß er es nicht sehr gern sehen würde, wenn das Reichstagswahlrecht geändert würde; nur erklärt er darin wiederholt, daß er zurzeit keine Hoffnung darauf hat, daß eine solche Abänderung eines Reichstagswahlrechts oder eine Verfassungänderung, die auf eine Einschränkung der Rechte des Reichstags hinzielt, Erfolg haben könnte.

Einigermaßen merkwürdig mutet es nun allerdings an, wenn Herr Dr. Brandt behauptet — und das noch mit ironischer Spitze gegen meine Unkenntnis —, der Bezirk der Handelskammer zu Düsseldorf sei gar nicht der Sitz von Werken der Schwerindustrie. Ich war über diese Auffassung einigermaßen erstaunt und schlug, um meine irrigen Ansichten zu korrigieren, aufs Geradewohl das Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften auf. Da fand ich denn, daß allein in Düsseldorf selbst unter anderen die folgenden Aktiengesellschaften domilizieren: Düsseldorf-Ratinger Röhrenkessel-Fabrik, Düsseldorfer Röhrenindustrie-Gesellschaft, Düsseldorfer Eisenwerke- und Maschinenbau-Anstalt, Düsseldorfer Fittingswerke, Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie A.-G., Düsseldorfer Eisenbahn-Bedarfsgesellschaft, Düsseldorfer Eisenhüttenwerke, Fabrik nietloser Gitterträger A.-G., Hahnsche Röhrenwerke, Aktiengesellschaft Malmédie & Co., Mannesmannröhren-Werke, Maschinenbauanstalt Losenhausen, Düsseldorfer Metallhütte A.-G., Neußer Eisenwerke, Oberbilker Stahlwerke, Gebr. Poensgen A.-G., Düsseldorfer Preßwerke, Röhrenwerke Piedboeuf & Co., Rheinische Metallwarenfabrik, Preß- und Walzwerk A.-G. in Reisholz bei Düsseldorf, Rather Dampfkessel-Fabrik, Werkzeugmaschinenfabrik Schies, Werkzeugmaschinenfabrik Schenk & Liebe, Harkort, Stahlwerk Krieger A.-G., Stahlwerk Oeking A.-G. Mir scheint denn doch, daß man diesen Werken wenigstens in ihrer überwiegenden Mehrzahl den Charakter von Unternehmen der Schwerindustrie nicht wird absprechen können. Dementsprechend finde ich denn auch unter den Mitgliedern der Handelskammer Düsseldorfs die folgenden: Kommerzienrat Karl Rudolf Poensgen, Dr. ing. Clemens Kiesselbach, Dampfmaschinenfabrikant, Lorenz Eck, Mitinhaber einer Maschinen- und Walzenfabrik, Kommerzienrat Nikolaus Eich, Generaldirektor der Mannesmannröhrenwerke, Adolf Grabhorn, Direktor der A.-G., Düsseldorf-Ratinger Röhrenwerk, Fabrik vorm. Dürr & Co., Otto Kretzschmar, Direktor der Hahnschen Röhrenwerke, Richard Krieger, Direktor der Firma Stahlwerk Krieger A.-G., Eugen Schaltenbrand, Vorsitzender des Direktoriums des Stahlwerksverbandes A.-G. (dürfte inzwischen ausgeschieden sein). Das sind alles Vertreter der Schwerindustrie. Dazu aber gesellen sich dann Herr Kommerzienrat Max Trinkaus, der Inhaber der bekannten Bankfirma C. G. Trinkaus, die mit sämtlichen Filialen der Rheinisch-Westfälischen Schwerindustrie in allerengster bankgeschäftlicher Verbindung steht, und der Direktor der Gerresheimer Glashütte, Gustav Dammeyer. Aber wenn sich aus dieser Aufzählung nicht schon ohne weiteres klar ergebe, daß die Handelskammer Düsseldorf eine ausgesprochene Vertretung der deutschen Schwerindustrie ist, so würde allein die Tatsache, daß der Deutsche Stahlwerksverband seinen Sitz in Düsseldorf hat, doch schon darauf hindeuten, wie sehr man im Rheinland und in Westfalen gerade Düsseldorf als das Zentrum der gesamten rheinisch-westfälischen Industrie betrachtet.

Der rheinisch-westfälische Industriebezirk ist nichts weiter als eine fortlaufende Kette von Industriestädten, deren Interesse untereinander in Bezug auf die großen Fragen der Industrie sehr wenig divergiert. Es ist ja überhaupt ein großer Fehler, bei Fragen der wirtschaftlichen Interessiertheit rein mechanische Unterschiede zu machen. Genau so wie unsere liberalen Nationalökonomen und Politiker gewöhnlich nach dem Schema der Statistik diejenigen, die industriell tätig sind, für industriell interessiert und diejenigen, die landwirtschaftlich tätig sind, für landwirtschaftlich interessiert halten, während in Wirklichkeit in rein industriellen Landstrichen auch die Landwirte industrielle Interessen und in rein landwirtschaftlichen Landstrichen auch die Industriellen landwirtschaftliche Interessen haben, so liegt in den Hochburgen der deutschen Schwerindustrie, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die Sache doch so, daß auch alle Hilfsindustrien, selbst, wenn sie nicht zur Schwerindustrie gehören, so wesentlich von dieser alimentiert werden, daß durch diese Alimentation allein schon sich natürlich auch ihre Interessen bestimmen lassen. Und da will Herr Dr. Brandt einem einreden, daß die Handelskammer der Stadt Düsseldorf, der Luxusstadt der rheinisch-westfälischen Industriellen, anders wirtschaftpolitisch interessiert sein kann, als im Sinne der Schwerindustrie. G. B.

Revue der Presse.

Ueber eine neue

Organisation der Aktionäre

schreibt die Berliner Morgenpost (28. März). In Köln ist ein Deutscher Aktionärverein begründet worden, der sich zur Aufgabe gesetzt hat, den Einzelaktionären eine Beratungstelle für alle Fragen des Aktienwesens zu schaffen, und zu diesem Zwecke neben der mündlichen Auskunfterteilung auch ein Fachorgan herausgeben sowie die Aktien seiner Mitglieder durch geeignete Fachleute in Generalversammlungen vertreten lassen will. Außerdem will der Verein als Treuhänder seiner Mitglieder fungieren und die Gesetzgebung im Aktionärinteresse zu beeinflussen suchen. Das gesamte Programm des Vereins ist — abgesehen von der geplanten Treuhandtätigkeit, wozu doch vor allem ein gewisses Garantiekapital gehört, über das der Verein schwerlich verfügen dürfte — durchaus akzeptabel. Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß es keineswegs so leicht, wie ein derartiges Programm aufzustellen, ist, auch die geeigneten Männer zu finden, die die Fähigkeiten und Kenntnisse besitzen, die Interessen der Mitglieder wirklich einwandfrei wahrzunehmen. Denn ein solches Unternehmen wie das geplante, ist vielleicht weniger Programm- als Personen- und Vertrauensfrage. Und gerade deshalb ist es verkehrt, daß der neue Verein bisher nur sein Programm der Oeffentlichkeit unterbreitet hat, aber in bezug auf die hinter ihm stehenden Personen noch Anonymität bewahrt hat. Ehe man nicht erfahren hat, wer die Männer sind, die sich die Realisierung des Vereinsprogramms als Ziel gesetzt haben, wird man deshalb zu einer mehr als theoretischen Anerkennung des neuen Vereins sich nicht entschließen dürfen. — Die Frankfurter Zeitung (29. März) veröffentlicht eine lange Liste von

Animierbankiers

die gegenwärtig wieder das deutsche Publikum mit Offerten überschwemmen und vor denen nicht dringend genug gewarnt werden kann. Da ist zunächst die londoner Firma Lloyds, Meyer, Philipps & Co., die bei 1 % und 2 % Deckung Spezialkombinationen zu spekulativen Engagements anbieten. Ebenfalls von London aus arbeitet das „Bankgeschäft“ Hermann Wagner Lim., das vor allem sucht, Adressen für londoner Spekulationen in die Hände zu bekommen. „Exklusive Informationen“ vom londoner Effektenmarkt bietet die Firma Abdey, Hasserodt & Co. an. Diese Firma empfiehlt auch den Ankauf von Venture Trustaktien, einem außerordentlich risikovollen Papier. Eine andere englische Animierfirma ist die African Construction Corporation Lim., welche Anteile der „The Suvoroff Taman Oilfields Lim.“ offeriert, einem ebenfalls günstigenfalls sehr risikovollen Papier. Zu erwähnen ist ferner die Firma Friedlaender Bros. Dann kommen noch eine Anzahl von pariser „Bank“firmen hinzu, wie die Banque Métropolitaine du Commerce et l'Industrie, die ein Animierblättchen, den übel berüchtigten „Pariser Effektenmarkt“ versendet, und ferner die Banque „Le Mercure de Paris“, die mittels des Animierblättchens „Pariser Merkur“ Kunden wirbt. Für eine Animierfirma Edouard Jousset arbeitet ein Herr E. Nathorff, der speziell pariser Kupferwerte empfiehlt. Außerdem ist Achtung vor dem angeblichen Effektenkommissionsgeschäft Emil Frank in Amsterdam geboten. — Auch eine deutsche Firma, Roemer & Co. in Stuttgart, die für londoner Firmen Minenaktien vertreibt, erscheint diesmal auf der Liste. — Der Berliner Börsen-Courier (25. März) gibt einen Auszug aus dem Bericht des Mitgliedes der Oktobristenpartei Jeropkin über die gegenwärtige

Wirtschaftkrisis in Rußland.

Jeropkin verdammt das Regime der Finanzminister Witte und Kokowzow, die künstlich eine Großindustrie zu züchten versucht haben, von der lediglich die Börsenspekulation profitiert hat, und die das russische Volk durch die Vernachlässigung der Landwirtschaft und die Verkoppelung mit dem Branntweinmonopol ins Unglück gestürzt haben. Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion für 1913 betrug in Rußland insgesamt 9 Milliarden Rbl. Der Wert der Ernte machte knapp die Hälfte dieser Summe aus. Von diesen 9 Milliarden sollte nun der Gesamtaufwand für 150 Mill. Einwohner, für Viehfütterung, öffentliche Lasten usw. gezahlt werden. Im schreienden Gegensatz zu diesem ärmlichen Etat der Bevölkerung steht das glänzende Jahresbudget des Staates von 3½ Milliarden Rbl., das fast ausschließlich auf Branntwein und Zöllen aufgebaut ist. Trotzdem heute die Situation derart ist, daß eine einzige Mißernte für Rußland, das kein anderes bedeutendes Export- und Nahrungmittel als das Getreide hat, den finanziellen Zusammenbruch bedeuten würde, nimmt es in bezug auf landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit noch immer die letzte Stelle unter den Ländern Europas ein, und ein Niedergang der Viehzucht ist deutlich erkennbar. Jeropkin behauptet auch, daß der deutsch-russische Handelsvertrag ein Fehler gewesen sei, und belegt diese Behauptung mit folgenden Zahlen: Von 1892 bis 1910 ist die Roggenausfuhr Rußlands von 12 auf 40½ Mill. Pud gestiegen, die Deutschlands von 0,05 auf 50 Mill. Pud. Aus Finnland hat der deutsche den russischen Export verdrängt. Während ferner die russische Ernte von 46 auf 43 Mill. Pud gesunken ist, konnte die deutsche von 95 auf 114 steigen. Die dringenden Aufgaben der Regierung sind jetzt: Einschränkung des Branntweinmonopols, Hebung des landwirtschaftlichen Kredites und der Viehzucht, sowie Beseitigung der Mängel der Tarife. — Die Rheinisch-Westfälische Ztg. (71. März) bringt einen Auszug aus dem soeben erschienenen ersten Teil eine Buches aus der Feder Louis Bru-

neaus, das unter dem Titel „L'Allemagne en France" Enquètes economiques, die

Germanisation der französischen Industrie

behandelt. Bruneau hat hier in diesem auf Wunsch der französischen Regierung herausgegebenen Buche alles Material über die Beteiligung und Besitzergreifung deutscher Firmen im französischen Erzgrubenrevier zusammengestellt. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß die deutschen eisenverarbeitenden Firmen nicht weniger als den fünften Teil der französischen Erzvorräte an sich gebracht haben. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung bemerkt dazu, daß wohl diese Aneinanderreihung von Tatsachen geeignet ist, auf den ersten Blick den Franzosen Angst vor der deutschen „Invasion" einzujagen, daß aber bedacht werden muß, daß Frankreich, das immer nur den Ehrgeiz hatte, der Bankier der Welt zu sein und seine Gelder dem Auslande zur Verfügung zu stellen, selbst auf den Ausbau seiner Industrie verzichtet und sich überwiegend der Landwirtschaft zugewandt hat. Außerdem hat es durch seine hochschutzzöllnerische Politik selbst die deutschen Firmen zur Errichtung von französischen Zweigfabriken genötigt. Die in Frankreich arbeitenden deutschen Unternehmungen und Kapitalien tragen übrigens zur Mehrung des französischen Volkswohlstandes bei und bilden in gewisser Hinsicht auch eine Friedensgarantie. — Sehr warm befürwortet die Kölnische Zeitung (27. März) den Plan einer

Reichszulassungstelle.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ist die Opposition gegen eine Reichszulassungstelle absolut unbegreiflich. Der jetzige Zustand ist einfach unhaltbar. Schon der organische Zusammenhang zwischen unseren einzelnen Börsen fordert gebieterisch die Vereinheitlichung des Zulassungwesens bei ausländischen Anleihen. Die Zentralzulassungstelle muß natürlich so ausgestaltet werden, daß das Reich und das Privatbankgewerbe, etwa wie in der Reichsbank, zusammenarbeiten können, und daß nicht etwa einseitige Vertreter, die willkürliche Urteile in der von Fall zu Fall entscheidenden Frage der Zulassung ausländischer Anleihen abgeben, hineingesetzt werden. Es handelt sich bei der Reichszulassungstelle nicht um eine Parteienfrage, sondern einfach um die Wahrung der Interessen der heimischen Volkswirtschaft und des Geldmarktes. — Der Oesterreichische Volkswirt (28. März) bespricht in einem

Kleinbanken

betitelten Artikel den Zusammenbruch der über ein Aktienkapital von 2 Mill. Kr. und Einlagenbestände von 1,1 Mill. Kr. verfügenden Olmützer Kreditbank. Den kleinen Lokalbanken, die von den Großbanken vollkommen an die Wand gedrückt werden, fallen in der Regel nur solche großen Kunden zu, mit denen zu arbeiten, recht riskant ist. Und hier laufen sie allzu oft Gefahr, sich in allzu großen Krediten an eine solche Person zu immobilisieren. So auch im Falle der Olmützer Bank, die in den Konkurs der olmützer brauereiberechtigten Bürgerschaft hineingerissen wurde. Aber auch sonst hat die Bank einen Fehler begangen, den man auch wo anders noch bei tschechischen Kleinbanken manchmal beobachten kann, indem sie 3/4 Mill. Kronen, also einen ganz unverhältnismäßig hohen Teil des Aktienkapitals in ihrem prunkvollen Bankgebäude investierte. Das Kleinbankwesen ist zwar für Oesterreich nicht von so großer Bedeutung wie für Ungarn, und Krisen werden deshalb meist nur von lokaler Bedeutung sein. Aber trotzdem muß man seiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß immer wieder derartige neue Kleinbanken begründet werden, deren Arbeit man nur mit einer gewissen Skepsis entgegensehen kann.

Aus den Börsensälen.

In den letzten Tagen der vorigen und in den ersten Tagen dieser Woche sind leichte Anzeichen für eine Besserung der Tendenz hervorgetreten. Ob die Befestigung diesmal lange anhalten wird, lässt sich vorläufig nicht übersehen. Die spekulativen Hausseengagements sind erheblich reduziert worden, aber das Publikum ist nach wie vor sehr zurückhaltend, so dass eine etwaige Belebung des Börsenverkehrs fast ausschliesslich von der berufsmassigen Spekulation getragen werden würde. Die Erledigung der Ultimoprolongation, die allerdings der Börse keine Schwierigkeit bereitete, und namentlich die weitere Verbilligung der Geldsätze, liess unwillkürlich eine zuversichtlichere Stimmung aufkommen; solange aber die Nachrichten aus der Industrie noch so ungünstig lauten wie gegenwärtig, wird eine stärkere Beteiligung der Privatspekulation wohl ausbleiben, obgleich keineswegs verkannt werden soll, dass die Kurse einer Reihe von Wertpapieren bereits so niedrig notieren, dass gegen Kapitalanlagen nichts einzuwenden ist. Allerdings wird hierbei eine Auswahl zu treffen sein. Diejenigen Gesellschaften, die schlecht fundiert sind oder deren Branche einem scharfen Konkurrenzkampfe ausgesetzt ist, werden die wirtschaftliche Depression keineswegs rasch überwinden. Es gibt aber auch Unternehmungen, die dank der vorsichtigen Bilanzierung, die sie in den letzten Jahren der Hochkonjunktur vorgenommen haben, nur wenig unter dem Rückschlag leiden, deren Kurse aber trotzdem stark ermässigt worden sind. Die geringe Besserung der Tendenz wurde auch mit den Erklärungen begründet, die in den Generalversammlungen einiger Grossbanken abgegeben wurden. Die Discontogesellschaft vertrat die Anschauung, dass der recht flüssige Geldstand bald wieder eine Belebung des Effektengeschäftes zur Folge haben werde; in den Monaten Januar und Februar sei ein förmlicher Heisshunger nach mündelsicheren Papieren aufgetreten, im März sei das Geschäft jedoch wieder stiller geworden. Aehnlich lautende Mitteilungen wurden in der Generalversammlung der Deutschen Bank gemacht. Die Banken haben in diesem

Jahre infolge der niedrigeren Zinssätze mit geringeren Einnahmen auf Zinsenkonto zu rechnen, und daher liegt es in ihrem Interesse, einen Ausgleich durch grössere Gewinne auf Effektenkonto zu schaffen. Sie versuchen daher, den Effektenverkehr etwas zu beleben, aber sie sind natürlich nicht in der Lage, die Konjunktur zu beeinflussen. Gegenwärtig ist der Geschäftsgang in der Industrie ohne Zweifel noch ungünstiger als gegen Ende des letzten Jahres. Das ergibt sich aus den Geschäftsberichten vieler Aktiengesellschaften und auch aus den Erklärungen in verschiedenen Generalversammlungen. Die Abschlüsse pro 1913 gestatten daher noch keinen vollständigen Ueberblick über die Wirkungen des wirtschaftlichen Rückganges auf die einzelnen Unternehmungen, weil die erste Hälfte des abgelaufenen Jahres im allgemeinen noch zufriedenstellend verlief, obgleich damals schon die Börsenkurse erheblich zurückgegangen waren. Eine Ausnahme machte in der Hauptsache nur die Eisenindustrie, wo schon im ersten Semester 1913 Preisermässigungen eintraten. Die Behauptung, dass erst das zweite Halbjahr den eigentlichen Rückschlag brachte, wird von so vielen Aktiengesellschaften ausgesprochen, dass man unmöglich an ihrer Richtigkeit zweifeln kann. Dass der Niedergang in der Eisenindustrie frühzeitiger eingesetzt hat, liegt wohl an den bekannten Faktoren, nämlich besonders an der starken Zunahme der Produktion, die damals gerade ihre Bedeutung erlangte, weil einige grosse Betriebe die Neuanlagen fertiggestellt hatten.

* * *

Am Sonnabend wurde die Börse vorübergehend durch einen namhaften Rückgang in den Aktien der Hansa Dampfschiffahrts-Gesellschaft beeinflusst. Da für Montag die Generalversammlung angesetzt war, so vermutete man, die Verwaltung der Hansa-Gesellschaft werde bei dieser Gelegenheit über den Geschäftsgang des laufenden Jahres recht ungünstige Mitteilungen machen. Diese Ansicht fand noch dadurch eine Stütze, dass die Verkäufe hauptsächlich aus den Kreisen der Bremer Spekulation stammten; die Börse behauptete sogar mit grosser Bestimmtheit, dass die seit dem vorigen Jahre im Aufsichtrat der Hansa vertretene Bankfirma beträchtliche Verkaufsaufträge nach Berlin gesandt habe. Die erwarteten Aeusserungen blieben jedoch aus. Die Direktion beschränkte sich auf einige Mitteilungen, die nichts Neues boten. Die Ergebnisse des laufenden Jahres seien bis jetzt sehr befriedigend. Seit Drucklegung des Geschäftsberichtes sei der Frachtenmarkt jedoch noch weiter zurückgegangen. Fallen die diesjährigen Ernten gut aus, so dürften auch die Frachten wieder eine Aufbesserung erfahren. Mit diesen allgemeinen Bemerkungen wusste die Börse nichts anzufangen, und sie hat wieder einmal einsehen müssen, dass die Geschäfte der Bremer Spekulation, namentlich diejenigen der oben bezeichneten Bankfirma, ihr nicht als Massstab dienen können. Nachdem der berliner Markt sich schon so häufig durch Käufe oder Verkäufe für Bremer Rechnung beirren liess, sollte man es kaum für möglich halten, dass die hiesige Börse sich immer noch von Bremen ins Schlepptau nehmen lässt.

* * *

Eigenartig ist die Wirkung, die der wirtschaftliche Rückgang in der Braunkohlenindustrie ausgeübt hat. Während in Mitteldeutschland ein stärkerer Konkurrenzkampf ausgebrochen ist, weil in den letzten Jahren mehrere neue Werke entstanden sind und infolgedessen auch das Niederlausitzer Brikettsyndikat seine Preise ermässigen musste, scheint sich im rheinisch-westfälischen Revier eine Abschwächung bisher nicht bemerkbar zu machen. Der Absatz war im Jahre 1913 grösser als im Jahre 1912, und die meisten Braunkohlenwerke konnten ihre Dividenden erhöhen. Die Preise sind allerdings nur wenig gestiegen, aber die Produktion wurde vermehrt. Eine weitere, und zwar erhebliche Produktionssteigerung steht bevor, nachdem das neue Syndikat zustande gekommen ist. Die Roddergrube hat eine Obligationsanleihe in Höhe von 6 Mill. ℳ aufgenommen, um neue Brikettfabriken zu errichten. Gleichzeitig wird auch die Rohkohlenproduktion mit Hilfe der bisher noch nicht erschlossenen Felder verstärkt, da bisher schon die Roddergrube wie die meisten übrigen rheinisch-westfälischen Werke, fast die ganze Rohkohlenproduktion zur Brikettherstellung verwandte. Im letzten Jahre ist allerdings auch der Verkauf an Rohkohle etwas gestiegen, denn durch die Verträge mit den rheinischen Elektrizitätwerken haben sich die Werke einen grösseren Absatz in Rohkohle gesichert. Die Roddergrube hat beim neuen Syndikat eine wesentliche Erhöhung ihrer Beteiligung erhalten, und zwar von 1,65 Mill. Tonnen, während die Beteiligung beim alten Syndikat nur 0,964 Mill. Tonnen betrug. Da die Gesellschaft die Kosten für die neuen Anlagen durch den Erlös der Obligationsanleihe aufbringt, also das Geld nur mit 4½ % zu verzinsen hat, so erwächst für die Aktionäre ein recht grosser Vorteil, der sich auch in einer allmählichen Steigerung der Dividende äussern dürfte. Die Börse hat infolge dieser Erwartung aber den Kurs bereits ausserordentlich stark erhöht. Er notiert gegenwärtig etwa 358 %, während für das letzte Jahr die Gesellschaft eine Dividende von 15 % ausschüttete. Auch die Aktien der übrigen rheinischen Braunkohlenwerke haben starke Kurserhöhungen erfahren. Ohne dieser Steigerung jede Berechtigung absprechen zu wollen, muss doch berücksichtigt werden, dass mit der Steigerung der Produktionsziffer noch nicht ein entsprechend grösserer Absatz garantiert ist. Wenn auch die Verwendung der Braunkohle zur Industriefeuerung von Jahr zu Jahr Fortschritte macht und gerade in Rheinland-Westfalen noch ein grosser Absatz erschlossen werden kann, so vermag sich eine solche Entwicklung doch nur langsam zu vollziehen, und dies sollte auch die Spekulation nicht übersehen.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Aktienbesitz der Direktoren. In der Generalversammlung der Mitteldeutschen Privatbank in Magdeburg tauchte ein Aktionär auf, der eine Reihe von Anfragen kritischer Natur an die Direktion richtete. Es handelte sich dabei um einen Berliner Rechtsanwalt, der einen früheren Angestellten der Bank vertrat, der mit seinen Arbeitgebern in Zwistigkeiten geraten war, die schliesslich zu gegenseitigen Denunziationen bei der Staatsanwaltschaft führten. Dadurch bekam das Auftreten des Aktionärvertreters in Magdeburg etwas Peinliches, und man kann es dem Direktorium der Bank an und für sich nicht verdenken, dass es sich bemühte, die Angriffe des Aktionärs dadurch abzuschwächen, dass es seinen Charakter als Vertreter einer der Bank gegnerischen Partei aufdeckte. Aber der Aktienkritiker kann darauf keine Rücksicht nehmen. Wenn bei unseren Aktiengesellschaften alles in Ruhe und Frieden zuginge, und sich nicht gelegentlich, sei es zwischen den Aktionären und ihrer Direktion oder auch zwischen den Angestellten und den Geschäftsleitern Differenzen ergäben, so würde man sicher über eine ganze Reihe prinzipiell wichtiger Punkte des Aktienwesens sehr selten Material bekommen, das als Unterlage für eine grundsätzliche Kritik dringend erwünscht ist. So bot denn auch die, wie gesagt, persönlich ziemlich peinliche Kontroverse zwischen jenem Aktionär und der Direktion in Magdeburg Anlass zu einer nicht uninteressanten prinzipiellen Erörterung. Der Aktionär gab, wie ich den Berichten der Tageszeitungen entnehme, unter anderem dem Verdacht Ausdruck, dass die Direktoren der Bank Aktien des Instituts nur erworben hätten, um diese dann wie der beider Bank zu beleihen. Und Herr Direktor Schultze, der der allmächtige Mann im Direktorium des Instituts ist, erwiderte nach demselben Zeitungbericht: „Was den Aktienbesitz der Direktoren betreffe, so könne er nur dem Bedauern Ausdruck geben, dass er nicht grösser sei; natürlich erhalten sie, wenn sie es wünschen, einen entsprechenden Kredit.“ Wer mit den Dingen nicht näher Bescheid weiss, muss sich über diese Diskussion wundern. Denn warum sollen die Direktoren einer Aktiengesellschaft, die Vertrauen zu ihrem Unternehmen haben, nicht einen Teil ihres Vermögens in den Aktien der von ihnen geleiteten Bank anlegen, und warum soll eine Bank, deren Aktien innerlich vollwertig sind, nicht auch, wenn ihre Direktoren solche Aktien besitzen, sie ihnen beleihen? Diese Frage so stellen, heisst sie bereits bejahen. Denn natürlich kann der Direktor einer Bank dasselbe Recht für sich wie jeder andere Kunde auch beanspruchen, und es wird wohl kaum vorkommen, dass im normalen Geschäftsgange einem Kunden nicht Aktien der eigenen Bank ebensogut wie andere gute Wertpapiere beliehen werden. Aber in der Regel handelt es sich doch dabei, wenn Direktoren von Aktiengesellschaften grosse Posten von Gesellschaftanteilen im Eigenbesitz oder im Mitbesitz haben, um etwas wesentlich anderes. Wie erinnerlich ist, bestimmt § 226 des Handelsgesetzbuches, dass „die Aktiengesellschaft eigene Aktien im regelmässigen Geschäftsbetriebe, sofern nicht eine Kommission zum Einkauf ausgeführt wird, weder erwerben noch zum Pfande nehmen“ soll. Es ist bekannt, was der Gesetzgeber damit wollte. In den schlimmen Zeiten der Agiotage kam es vielfach vor, dass, namentlich wenn eine Neuemission von Aktien erwünscht war, insbesondere bei Banken von den Instituten selbst die Aktien aufgekauft wurden. Dadurch entstanden stürmische Börsenhaussen, die das Loswerden der aufgekauften Aktien und der jungen Aktien dazu ausserordentlich erleichterten. Auf diese Weise konnte es geschehen, dass eine Bank unter allen Zeichen des grössten äusserlichen Vertrauens mehrfach ihr Aktienkapital erhöhen konnte, dass im Publikum der Glaube erweckt wurde, als ob eine riesige Nachfrage nach den Aktien der Institute entstand. Schliesslich aber stellte sich dann beim Zusammenbruch der Aktiengesellschaft heraus, dass ihre hauptsächlichsten Aktiven aus — eigenen Aktien bestanden. So billigenswert daher auch im Prinzip die Vorschrift des § 226 des Handelsgesetzbuches ist, so sehr gefährlich könnte aber auch zuweilen die strikte Durchführung dieser Bestimmung den Banken werden. Theoretisch hat ja die Leitung einer Aktiengesellschaft mit dem Aktienkurse gar nichts zu tun.. Und aus denselben theoretischen Gesichtspunkten heraus kann man sagen, dass es an und für sich einer Aktiengesellschaft ganz gleichgültig sein könnte, ob ihre Aktien mit Agio oder mit Disagio gehandelt werden. In der Praxis ist es aber schon bei gewöhnlichen Fabrikationsaktiengesellschaften durchaus nicht der Fall. Hier wird der Aktienkurs sehr oft von den Bestellern als Massstab der Leistungfähigkeit angenommen, und andererseits werden die Besteller sehr oft, wenn sie selbst zu den Fabrikaten des Unternehmen Vertrauen haben, bei den Preisunterhandlungen zu drücken versuchen, wenn sie aus dem niedrigen Aktienkurs auf eine missliche materielle Lage und darum darauf schliessen zu können glauben, dass die Gesellschaft das Geld aus neuen Aufträgen dringend braucht. Deshalb ist eine verständige Ueberwachung der Entwicklung des Aktienkurses (eine „Regulierung“) für jede Aktiengesellschaft von Wert, und es liegt nicht etwa bloss im Interesse der Aktionäre, welche die Aktien erwerben, wenn die Emissionshäuser, die Kursentwicklung an den verschiedenen Börsen überwachen und im gegebenen Falle, um zu heftige Kursrückgänge der Aktien zu verhindern, intervenieren. Solche Interventionen werden nun etwas schwieriger, wenn es sich um eine Bankaktiengesellschaft handelt. Denn ihre Aktien werden nur in seltenen Fällen von anderen Banken, sondern meist von ihr selbst emittiert. Und wenn sie nun noch selbst die daraus resultierenden Interventionsverpflichtungen übernehmen würde, so könnte sie sehr leicht in einen Konflikt mit dem § 226 kommen. Allerdings verbietet dieser Paragraph ja nur den Erwerb eigener Aktien im „regelmässigen Geschäftsbetriebe“, und es handelt sich hier auch nicht um eine unter allen Umständen zwingende Gesetzesnorm, aber es wird im einzelnen Fall, namentlich wenn wie bei Bankzusammenbrüchen die Handlungweise des Vorstandes ex post beurteilt werden muss, nicht immer leicht sein, zu entscheiden, ob hier eine besondere Notlage vorlag, in der die Bank vernünftigerweise nicht anders konnte, als die eigenen Aktien zu erwerben, oder ob etwa frivol gehandelt wurde. Deshalb bemühen sich alle Banken für die Regulierung ihrer Aktien um Interventionskonsortien. Diesen Konsortien gehören in den allermeisten Fällen Direktoren und auch eine Anzahl von

Aufsichtratsmitgliedern der betreffenden Institute an. Ja bei kleineren und mittleren Provinzbanken kommt es zuweilen vor, dass solche Konsortien überhaupt nur aus dem Direktorium und aus Aufsichtratsmitgliedern bestehen. Diese Konsortien nehmen nun den Kredit der betreffenden Bank in Anspruch, und so kann es vorkommen, dass die Direktoren, sei es direkt, sei es als Mitglieder des Konsortiums, sehr erheblichen Kredit bei ihrer eigenen Bank in Anspruch nehmen. In der Institution dieser Direktorenkonsortien liegt an sich etwas Notwendiges. Denn für eine Bank ist ein leidlicher Kursstand der Aktien noch viel wichtiger als für eine Fabrikgesellschaft. Nicht umsonst bemühen sich z. B. Banken, die vorübergehend nicht in der Lage sind, eine Dividende zu verteilen oder die ihre Dividende erheblich reduzieren müssen, sehr erheblich darum, dass ihr Kurs möglichst nicht unter pari sinkt. Denn die Einleger von Depositengeldern pflegen — genau wie die Besteller von Waren — den Aktienkursstand als Massstab des Vertrauens, zu dem die Bank berechtigt, zu betrachten. Nun kann aber auf der anderen Seite natürlich durch ein solches Konsortium oder aber durch den direkten Aktienkauf seitens der Direktoren auf Umwegen das herbeigeführt werden, was der Gesetzgeber durch die Einfügung des § 226 ins Handelsgesetzbuch hat vermeiden wollen. Denn es hängt ja jetzt von dem Verhältnis der Kapitalkraft des Bankdirektors zu der Höhe des beliehenen Aktienbesitzes ab, ob nicht etwa die Bank, wenn auch nicht rechtlich, so doch faktisch, Besitzerin sehr grosser Posten eigener Aktien ist, und ob schliesslich die ganze Transaktion nicht dazu gedient hat, Aktionären und Depositengläubigern Sand in die Augen zu streuen. Als vorübergehender Zustand kommt es ja wohl bei fast allen Banken vor, dass von der Bank sehr erhebliche Aktienbeträge beliehen werden müssen. Wenn bei einem Bankinstitut die Verpflichtungen im Verhältnis zu dem eigenen Aktienkapital stark anschwellen, so gehen in gewissen Zeitabständen die Banken daran, ihr Eigenkapital zu erhöhen, um ein gesünderes Verhältnis wieder herzustellen. Vielfach wird aber die Unterbringung der neuen Aktien nicht ohne weiteres möglich sein. Es muss eben ein Zwischenkonsortium eingreifen, das die Aktien solange behält, bis ihre Abstossung allmählich gelingt. Bei sehr vielen Bankinstituten gibt es eine geraume Zeit, in der das neu aufgefüllte Aktienkapital zwar in vollem Umfange auf der Passivseite existiert und als Kreditbasis dient, aber noch keineswegs die Wirkung ausübt, die es ausüben soll, nämlich auch wirklich in erheblichem Masse der Bank neue Mittel zuzuführen. Das kann eben bloss allmählich geschehen, wenn das Konsortium die verpfändeten Aktien verkauft und so neue Gelder der Bank zuführt. Die riesigen Aktienkapitalien unserer ganz grossen Banken wären wohl überhaupt nicht immer unterzubringen, wenn für diese, die per Ultimo an den Börsen gehandelt zu werden pflegen, nicht eben das Reportgeschäft ein Mittel bildete, Aktien wenigstens zunächst einmal von Monat zu Monat unterzubringen. Aus dem Gesagten ist ohne weiteres klar, dass die Reportierung eigener Aktien, die Bildung von Direktorenkonsortien unter Umständen sehr segensreich für eine Bank, unter anderen Umständen aber auch sehr verhängnisvoll sein kann Und insofern ist es in der Tat von einer gewissen prinzipiellen Wichtigkeit, darüber zu wachen, dass mit diesen Lombardierungen kein Unfug getrieben wird. Erst wenn man das alles weiss, wird einem der Sinn der Diskussion bei der Generalversammlung der Mitteldeutschen Privatbank klar. Unter diesem Gesichtspunkt wird man allerdings dem Bedauern des Herrn Direktor Schultze nicht zustimmen können, dass der Aktienbesitz der Direktoren der Mitteldeutschen Privatbank „nicht grösser“ sei, denn man wird im Gegenteil als ein gutes Zeichen ansehen, wenn dieser Aktienbesitz recht klein ist.

Bunte Schüssel. Im Reichsanzeiger vom 21. März machte der A. Schaaffhausen'sche Bankverein bekannt, dass Herr Geheimer Kommerzienrat Konsul Eugen Gutmann in Berlin, sein Aufsichtratsmandat bei dem Institut niedergelegt hat. Diese Mitteilung hat insofern eine besondere Wichtigkeit, als durch den Austritt des Herrn Geheimrat Gutmann aus dem Aufsichtrat von Schaaffhausen die Trennung der Ehe zwischen Dresdner Bank und Schaaffhausen nunmehr auch bis auf die letzten Pietätüberbleibsel vollzogen ist.

* * *

In der Bilanz der Georg A. Jasmatzi A. G. in Dresden vom 31. Dezember 1913, die in den Zeitungen veröffentlicht worden ist, findet sich auf der Kreditseite des Gewinn- und Verlustkontos der Posten „Geschäftsgewinn abzüglich Handlungunkosten 2 054 311 *M*“. Das ist eine durchaus unübliche Methode des Ausweisens. Normalerweise müssen die Handlungunkosten als besonderer Posten im Debet der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden. Diese normale Gepflogenheit entspricht auch den Anforderungen, die man an die Klarheit des Rechnungausweises einer Aktiengesellschaft zu stellen berechtigt ist. Denn es ist für die Beurteilung der Geschäftsgebarung einer Gesellschaft natürlich ausserordentlich wichtig, die Höhe ihrer Handlungunkosten zu wissen. Wer eine solche Kombination vornimmt, wie es die Jasmatzi-Gesellschaft tut, hat entweder ein Interesse daran, die Handlungunkosten oder aber die Höhe des Geschäftsgewinnes zu verschleiern.

Julius Stern. Von einer mit den intimeren Verhältnissen der berliner Bank- und Industriewelt vertrauten Persönlichkeit erhalte ich die folgende Zuschrift: „Die Verdienste des so plötzlich gestorbenen Direktors Julius Stern von der Nationalbank für Deutschland um das von ihm seit über 30 Jahren geleitete Institut sind in der Oeffentlichkeit zwar schon vielfach gewürdigt worden, aber es ist doch meines Wissens nirgends mit dem erforderlichen Nachdruck betont worden, dass die ganze Entwicklung der Nationalbank und ihre gegenwärtige Stellung im Kreise der berliner Grossbanken so gut wie ausschliesslich das Werk von Julius Stern ist. Mit unermüdlichem Fleiss und eiserner Energie hat er die Geschäfte der Bank bis zum Augenblick seines Todes geführt, in seinen Händen lag die gesamte Leitung; er hat in seinen letzten Mitarbeitern nie etwas anderes als die Vollstrecker seines Willens gesehen. Dass die Nationalbank die schwere Krisis des Jahres 1901 überwunden hat, dass es glückte, die damals offenbar gewordenen Schäden relativ rasch zu beseitigen, ist nur seiner Geschicklichkeit,

seinem grossen banktechnischen Können, seiner gewaltigen Arbeitkraft zu danken. Schon damals war Stern anscheinend am Ziele seines Ehrgeizes — Generaldirektor der Nationalbank — angelangt, zumal es ihm gelang, den Generalkonsul Eugen Landau, der seit Begründung der Bank den Vorsitz im Aufsichtrat führte, aus der Verwaltung herauszudrängen und auch andere langjährige Mitarbeiter zum Rücktritt zu veranlassen. Indessen hatte er damals seine Kräfte noch überschätzt; der Landau'sche Einfluss auf die Nationalbank war wohl zurückgedämmt, aber nicht beseitigt; Stern musste u. a. neben sich den früheren Oberbürgermeister von Posen, Geheimrat Witting, dulden, der, wenn er sich ihm auch in keiner Weise gewachsen zeigte, nicht gewillt war, sich dauernd in die zweite Linie drängen zu lassen. Das Jahr 1910 brachte dann Stern an das Ziel seiner Wünsche; nach mannigfachen Kämpfen und erregten Szenen wurde Witting veranlasst, aus der Direktion zu scheiden, und den bei der Nationalbank zu Sterns Lebzeiten völlig bedeutungslosen Posten eines Vorsitzenden im Aufsichtrat zu übernehmen. Zugleich trat Herr Sobernheim zur Commerz- und Discontobank über. Nun begann die Alleinherrschaft Sterns und zugleich die Tragödie seines Lebens. Es stellte sich heraus, dass er nicht mehr die Gesundheit besass, das Regiment in der alten Kraft zu führen; das schwere Leiden, dem er jetzt so plötzlich erlegen ist, machte sich mehr und mehr geltend und warf seine schwarzen Schatten auf sein gesamtes Dasein. Stern gehörte zu den markantesten Persönlichkeiten, über die die Berliner Bankwelt zurzeit verfügt. Sein Ruf als Banktechniker war unbezweifelt: hat ihn doch mir gegenüber noch vor kurzem einer der genauesten Kenner der berliner Bankwelt den bedeutendsten Banktechniker neben Fürstenberg genannt. Wenn er trotzdem keine massgebende Rolle spielte, so ist dies darauf zurückzuführen, dass ihm trotz aller Fähigkeiten und Kenntnisse letzten Endes doch das Zeug zu einem Bankleiter grossen Stils fehlte. Gewiss hat es die Nationalbank als jüngste unter den Berliner Aktienbanken, was Stern so gern in Generalversammlungen zu betonen pflegte, schwer gehabt, ins Geschäft zu kommen — sie hat infolgedessen so manches Geschäft nehmen müssen, das die übrigen Grossbanken verschmähten —, aber dass sie trotz aller Anstrengungen nur eine Mittelbank mit relativ geringem Kapital und nicht besonders befriedigenden Ergebnissen blieb, ist doch auf Sterns eigentümliche Charaktereigenschaften zurückzuführen. Schon dass er niemanden neben sich zur Bedeutung kommen liess, musste sich schliesslich in der Geschäftsführung geltend machen; dann kam seine ungewöhnliche Schroffheit im persönlichen geschäftlichen Verkehr. Man hat es Stern wohl hoch angerechnet, dass er Orden und Titel verschmähte, dass man ihn nie in den Vorzimmern unserer Staatswürdenträger sah, dass er allen Veranstaltungen in Ministerhotels usw. fernblieb. Daran ist soviel richtig, dass Stern alle Aeusserlichkeiten sehr gering schätzte; er dachte viel zu realpolitisch, um nicht zu wissen, dass Orden und Titel einem grossen Vermögen gegenüber heute nicht mehr ins Gewicht fallen. Dazu kam neben seinem radikalen politischen Standpunkt das ausserordentlich stark ausgeprägte Selbstbewusstsein des auf sein Judentum stolzen Hamburgers, das ihn veranlasste, seinen gesellschaftlichen Verkehr dort zu suchen, wo gewisse Vorurteile der Religion und Partei fehlen. In den Reihen der berliner und hamburgischen Künstler ist er vielen bedeutenden Persönlichkeiten nicht bloss Mäcen, sondern auch Freund gewesen. Sie lernten Seiten seines Charakters kennen, die völlig denen entgegengesetzt waren, die Stern im Berufsleben offenbarte. Denn hier war dieser — Malern, Bildhauern und Theaterleuten gegenüber zu jeder Förderung bereite Mann — nur Geschäftsmann im engsten Sinne des Wortes. Gewisse Erwägungen, dass Unternehmungen von einer bestimmten Grösse nicht ausschliesslich nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet werden dürfen, lagen ihm vollständig fern; solche Dinge waren für ihn Redensarten, die er verachtete. Deshalb wird man ihn auch bei allen Veranstaltungen, die allgemeine Zwecke verfolgten, vergeblich suchen. Meines Wissens hat er sich auch niemals bei wirtschaftlichen Enqueten und ähnlichen Veranlassungen als Sachverständiger zur Verfügung gestellt. So fehlten denn auch seiner Geschäftsführung alle grossen Gesichtspunkte, und dieser Mangel hat schliesslich der Nationalbank und ihrer Leitung seinen Stempel aufgedrückt."

Die brasilianische Konversionskasse. Herr Dr. Peter Aretz, Berlin, schreibt: „Die brasilianische Konversionskasse hat in jüngster Zeit viele Anfechtungen erfahren, in erster Linie in Brasilien selbst; aber auch im Auslande ist die Zahl ihrer Gegner nicht gering. Die Kasse habe zwar — so wird argumentiert — den Wechselkurs vor grösseren Schwankungen bewahrt dadurch, dass sie im vorigen Jahre Gold zur Ausfuhr hergab; jedoch auf der anderen Seite habe die entsprechende Einziehung von Noten den Geldumlauf verringert, und infolgedessen sei die Handelskrisis im Lande wesentlich verschärft worden. Auf diese Angriffe haben die Anhänger der Kasse resigniert erwidert, dass diese nachteilige Wirkung ertragen werden müsse, dass sie aber das kleinere Uebel sei gegenüber einer Entwertung der brasilianischen Valuta, die eben durch die Goldauslieferungen der Kasse verhindert worden wäre. Allein es scheint, dass den Kritikern dieser Einrichtung wirksamer entgegnet werden kann, als dies bisher seitens ihrer Verteidiger geschehen ist. Die Gegner übersehen zunächst, dass in Ländern, wo eine Zentralnotenbank als Hüterin der Währung besteht, etwas ganz Aehnliches erfolgt wie in Brasilien, wenn grosse Mengen Gold das Land verlassen. Was würde wohl die Reichsbank oder irgendeine andere Zentralbank tun, wenn, wie im vorigen Jahre bei der brasilianischen Konversionskasse, ihr Goldbestand von 26 auf 18½ Mill. Pfund Sterling, also beinahe um ein Drittel, abnähme? Sie würde mit aller Energie die Diskontschraube anziehen. Also der quantitativen Verminderung des Geldumlaufs in Brasilien entspricht bei uns und anderwärts die Erhöhung des Diskontsatzes. Der Unterschied zwischen diesen beiden Massnahmen liegt hauptsächlich darin, dass die Zentralbank bewusst und planmässig ihren Diskontsatz bemisst oder wenigstens bemessen soll, während die Konversionskasse automatisch funktioniert. Hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Erwerbswelt ist die Einengung des Geldumlaufs von dem Diskontaufschlage nicht prinzipiell, sondern höchstens graduell verschieden. Beide Massregeln legen dem Kredit-

begehr Schranken auf: doch lässt sich die Behauptung, die Einziehung der Noten in Brasilien habe zu einem Mangel an Umlaufsmitteln und zu einer Verminderung der Kassenbestände der Banken geführt, die daraufhin ihre Diskontierungen auf ein Minimum eingeschränkt und infolgedessen die kritische Lage wesentlich verschlimmert hätten, mit der Angabe der angesehenen dortigen Handelszeitung, des „Journal do Commercio" vom 4. November 1913 die brasilianischen Banken hätten „zuverlässigen und vorsichtigen Kaufleuten jegliche Hilfe geleistet", ebensowenig in Einklang bringen wie mit der Statistik. Während nämlich die Kassenbestände der in Rio de Janeiro etablierten Banken am 1. Januar 1910 sich auf 63 800 Contos de Reis Papier (à $1^1/_3$ tausend Mark) beliefen, betrugen sie am 30. September 1911 nicht weniger als 117 200 Contos de Reis; sie hatten also eine Zunahme von 80% in 21 Monaten erfahren. Ende September 1912 waren diese Bestände allerdings auf 92 000 Contos zurückgegangen, doch sind dies immer noch 44% mehr als am 1. Januar 1910. Die Kassenbestände von Ende September 1913 waren aber sozusagen genau so gross wie ein Jahr vorher. Und was die Kreditgewährungen dieser Banken anlangt, so gibt darüber die nachfolgende Tabelle Aufschluss:

	Januar 1910	Sept. 1911	Sept. 1912	Sept. 1913
Kontokorrentkreditoren	172700	275200	262300	266900
Bevorschusste Wechsel	48400	35700	57600	54300
Diskontierte Wechsel .	69200	90900	147800	151600
Kontokorrentdebitoren	48100	87000	129300	129000

Demnach haben die Banken im September 1913 um 63% mehr Wechsel bevorschusst und diskontiert und über 50% mehr Darlehen im Kontokorrent bewilligt als 2 Jahre vorher, und ungefähr ebensoviel wie im Vorjahre, trotz der Verminderung des Notenumlaufs infolge der Goldverschiffungen. Aber wie die Erhöhung des Diskonts neben ihrer Beeinflussung der inländischen Kreditnachfrage eine günstige Wirkung auf den Wechselkurs ausübt und dadurch die Goldausfuhr weniger oder nicht rentabel macht, so auch die Einengung des Papierumlaufs in Brasilien. Freilich äussert sich diese Wirkung im letzteren Fall nicht so prompt und offensichtlich wie bei Diskonterhöhungen der europäischen Zentralbanken. Die Geldversteifung in Brasilien senkt dort zunächst die Kurse der Wertpapiere, auch solcher, die gleichzeitig an ausländischen Börsenplätzen notiert werden, und es besteht somit die Tendenz zu Verkäufen derartiger Papiere an das Ausland. Finden solche Verkäufe wirklich statt, so vermehren sie das Devisen-Angebot in Brasilien und wirken dadurch günstig auf den Wechselkurs ein. Ferner aber verursacht die Geldknappheit einen Druck auf die Preise der Waren, erschwert somit deren Einfuhr und erleichtert deren Ausfuhr. Die Folge ist eine günstigere Gestaltung der Handelsbilanz und eine Verbesserung des Wechselkurses. Genau das Umgekehrte von all dem findet bei Geldflüssigkeit statt. Hätte also die brasilianische Regierung dem Verlangen vieler Kaufleute im vorigen Jahre nachgegeben und ungedecktes Papier in Verkehr gesetzt, so würde dies zwar dem brasilianischen Geldmarkt für den Augenblick Erleichterung gewährt, aber der Wechselkurs eine Verschlechterung erlitten und die Goldentnahmen aus der Konversionskasse einen noch grösseren Umfang angenommen haben. Vielleicht wären auch im Zusammenhang mit der internationalen Geldanspannung ausländische, in Brasilien angelegte Kapitalien zurückgezogen worden, um im eigenen Lande vorteilhafter verwendet zu werden. Es würde sich also schon bald der Regierung die Notwendigkeit gewaltsamer restriktiver Massregeln aufgedrängt haben, oder die Konversionskasse und damit die brasilianische Valuta würde in eine prekäre Lage gekommen sein. Gewiss ist eine Zentralnotenbank schon aus dem oben angedeuteten Grunde eine vollkommenere Einrichtung als die Konversionskasse. Aber selbst wenn die ökonomischen Voraussetzungen für die Schaffung einer Zentralnotenbank in Brasilien gegeben wären, so dürfte doch bei den dortigen politischen Verhältnissen die Gefahr, dass ein solches Institut in eine verderbliche Verbindung mit den Staatsfinanzen geriete, grösser sein als in den Ländern, wo heute Zentralnotenbanken bestehen."

Augsburger Kuriosa. Aus München wird mir geschrieben: „Eine Bilanz in einem Geschäftsbericht ohne Genehmigung des Aufsichtrats hat der Vorstand der Nähfadenfabrik vorm. Julius Schürer in Augsburg dieses Jahr veröffentlicht. Am 11. Februar kam ein Geschäftsbericht der Gesellschaft heraus, der auch den Bericht des Aufsichtrats enthielt. In diesem hiess es: „Der Aufsichtrat erklärt sich mit vorstehendem Bericht des Vorstandes einverstanden. Die vorliegende Bilanz per 31. Dezember 1913 wurde geprüft, sie ist für richtig und mit den Geschäftsbüchern übereinstimmend befunden worden. . . . Mit Schluss des Berichtsjahres ist das Vorstandsmitglied, Herr Kommerzienrat Richard Schürer, aus dem Vorstand ausgeschieden, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Der Aufsichtrat nimmt die Gelegenheit wahr, ihm an dieser Stelle für seine mit Treue und Hingebung geleisteten Dienste zu danken." Unterzeichnet war dieser gedruckte Bericht vom Vorsitzenden des Aufsichtrats, Willy Butz, dem Direktor der Nähfadenfabrik Göppingen (bei Augsburg). Wenige Tage, nachdem der Geschäftsbericht in der Presse veröffentlicht worden war, erklärte die Verwaltung, und sie wiederholt die Erklärung in dem zweiten Geschäftsbericht vom 21. Februar, dass jener Bericht „leider vorzeitig ohne Wissen des Aufsichtrats veröffentlicht wurde"; er „muss eine Korrektur erfahren, da ein wesentlicher Irrtum in der Ausrechnung der Vorräte vorgekommen ist, der erst bei der Revision der Bücher entdeckt wurde." Der Bericht des Aufsichtrats lautet: „Die dem Aufsichtrat vorgelegte Bilanz per 31. Dezember 1913 wurde von einer Kommission, bestehend aus einem Mitglied des Aufsichtrats sowie einem beeidigten Bücherrevisor, geprüft. Es musste dabei ein Fehler in der Warenaufnahme konstatiert werden, der das in der Presse-Notiz vom 12. Februar a. c. angegebene ursprüngliche kleine Erträgnis (28 634 ℳ einschl. 22 357 ℳ Vortrag) in einen Verlust von 31 274 ℳ verwandelt, so dass die nunmehr vorliegende, geprüfte und richtig befundene Bilanz nach Abzug des Gewinnvortrags aus 1912 von 22 357 ℳ mit einem Verlust von 8917 ℳ abschliesst. Die vorzeitige Veröffentlichung des Geschäftsberichts und der Bilanz geschah durch den Vorstand vor erfolgter Bücherrevision und ohne Wissen des Aufsichtrats. Die Generalversammlung wolle den Verlustsaldo aus der Spezialreserve

decken." Die berichtigte Bilanz weist die Warenvorräte mit 723 651 ℳ (gegen 766 657 ℳ in der ersten) und die Kreditoren mit 493 965 (499 430) ℳ aus. Der Fehler war dadurch entstanden, dass ein Angestellter bei der Aufnahme eines Warenpostens versehentlich Kilo statt Pfund einsetzte. Derartige Bilanzirrtümer kommen auch anderswo vor. Der Fall Schürer verdient aber deswegen erwähnt zu werden, weil er eine andere Tatsache ans Licht brachte: dass Bilanzen veröffentlicht und Geschäftsberichte herausgegeben werden, die der Vorsitzende des Aufsichtrats noch gar nicht unterzeichnet hat. Das persönliche Verhältnis zwischen Aufsichtrat und Vorstand der Schürergesellschaft beleuchtet die Tatsache, dass jener Passus im ersten Geschäftsbericht, der dem ausscheidenden Kommerzienrat Richard Schürer die Anerkennung des Aufsichtrats ausspricht, im zweiten endgültigen Bericht fehlt. Wie in der Generalversammlung mitgeteilt wurde, scheidet auch das zweite Mitglied der Familie Schürer, Hugo Schürer (der jenen Bericht ohne Wissen des Aufsichtrats veröffentlicht hatte), aus dem Vorstand aus. Zum Verständnis dieser Vorgänge muss man wissen, dass die Nähfadenfabrik Schürer im vorigen Jahr ihre Selbständigkeit verloren hat; bei einer Sanierung übernahm die Göppinger Konkurrenzfirma oder eine ihr nahestehende Stelle einen grossen Teil des Aktienkapitals, und die Schürer-Generalversammlung wählte daraufhin den Direktor der Zwirnerei und Nähfadenfabrik Göppingen, Willy Butz, zum Vorsitzenden des Aufsichtrats. — Eine andere Augsburger Kuriosität: Die Lech-Elektrizitätswerke in Augsburg, eine Tochtergesellschaft der Elektrizitätsgesellschaft vorm. W. Lahmeyer in Frankfurt a. M. (A. E.-G.-Konzern), gibt ihren Abschluss fast dreiviertel Jahr nach Geschäftsjahrsende (30. Juni) bekannt!"

Gedanken über den Geldmarkt.

Wohl selten hat sich eine Quartalsregulierung so geräuschlos vollzogen, wie die gegenwärtige. Ihr Verlauf drückt deutlich die Abschwächung aus, die der Pulsschlag des gewerblichen Lebens erfahren hat, und lässt gleichzeitig erkennen, dass die Entlastung am Geldmarkt noch keineswegs dazu geführt hat, der Unternehmunglust neue Anregungen zu bieten. Namentlich der Immobilienkreditverkehr verharrt noch in voller Lethargie, und gerade die Befruchtung, die für dieses Gebiet von dem leichteren Gelde erhofft worden war, ist noch völlig ausgeblieben. Das erscheint nicht so wunderbar, wenn man bedenkt, dass hier die Geldfrage nicht allein massgebend ist, sondern auch das Problem der zweiten Hypotheken, deren gesetzliche Sicherung gegen die unlauteren Manipulationen der Mietszessionen noch immer auf sich warten lässt. Die so bedingte Stockung des Baumarktes entzieht aber weiten Gebieten der Industrie einen erheblichen Teil der gewohnten Beschäftigung, auf die sie nach den Erweiterungen der letzten Jahre mehr als vorher angewiesen sind. Hierzu kommt, dass die Entlastungmöglichkeit, namentlich des Montangewerbes, durch den Export, die im Beginn der Depression einen sehr wirksamen Ausgleich geboten hatte, schliesslich mehr und mehr zurücktritt, da die oben erwähnten hemmenden Verhältnisse sich allmählich auch in den anderen grossen Industrieländern scharf geltend machen; ausserdem aber führen die Krisen in Südamerika dazu, dass weite Gebiete ausländischen Konsums zurzeit überhaupt nicht als Käufer in Betracht kommen. So werden stetig Kapitalien aus der Industrie frei, die in dem grossen Sammelbecken des offenen Geldmarkts bis zum Wiedereintritt lohnender gewerblicher Verwendunggelegenheiten Unterkunft suchen müssen.

Die so geschaffene Plethora im offenen Markte wird im Moment durch die Erlöse aus den letzten grossen Rentenmissionen noch gefördert, die, wie hier schon öfters ausgeführt, erst nach und nach ihrer eigentlichen Bestimmung zufliessen. Bei den Gegenwerten der österreichisch-ungarischen Transaktionen ist aber zum erheblichen Teil mit einem Abfluss ins Ausland zu rechnen, was bei Beurteilung der späteren Verpflichtungen des Marktes nicht ausser acht zu lassen ist. Als weiterer entlastender Faktor für den Termin kommt hinzu, dass zurzeit die Spekulation sowohl an den Effekten- wie an den Warenmärkten völlig darniederliegt, der Kapitalbedarf für diese Zwecke mithin gleichfalls überaus gering ist.

Es überrascht daher nicht, dass die Börse die ganze Prolongation mit dem recht mässigen Reportsatz von $4^3/_4$ % bewältigen konnte und trotz dieser billigen Versorgung bis zuletzt noch beträchtliche Summen über den Bedarf offeriert blieben. Auch der Privatdiskont brauchte daher das schon lange behauptete Niveau von $3^1/_4$ % für lange und $3^5/_8$ % für kurze Sichten nicht weiter zu erhöhen; im Gegenteil, er konnte sich in den letzten Tagen noch um $^1/_8$ % ermässigen, was gewiss bemerkenswert ist, da die Quartalsultimoregulierung noch im Gange war. Ebensowenig kam es zu dem sonst in den Regulierungtagen zu beobachtenden Kurssturz am Devisenmarkt. Gerade umgekehrt hat die schon in der letzten Besprechung konstatierte Befestigung am Valutenmarkt noch weitere Fortschritte gemacht und die Kurse von dem vorherigen Tiefstand teilweise kräftig gebessert.

Ebenso leicht vollzieht sich die Quartalswende im Auslande, wie ja überhaupt die Verhältnisse zurzeit an allen massgebenden Plätzen ziemlich gleichmässige Prägung haben. In London wurde Geld bis kommenden medio mit ca. $3^3/_4$ % ausgeliehen, und der Privatsatz hält sich für Diskontierungen im alten Quartal auf ca. 2 %. Aehnlich wie in Berlin ist eben auch an der Themse der kurzfristige Anlagebedarf ausserordentlich gross, so gross, dass die Diskonteure geneigt sind, die Bedenken zu übersehen, die der konstante Ausschluss der Bank von England von den Zuflüssen an Produktionsgold bieten müsste. Die Hoffnungen auf ein Zurückweichen der kontinentalen Konkurrenz haben sich auch in der verflossenen Woche nicht erfüllt, und die grosse Summe der Ankünfte von über 1 000 000 £, die nach Erledigung des indischen Begehrs verfügbar blieb, scheint in der Hauptsache nach Russland und Deutschland zu fliessen. Es bleibt nun abzuwarten, ob in der kommenden Woche nach Erledigung des Quartalswechsels der Kurs der Reichsbank genügend steigen wird, um wenigstens die deutsche Konkurrenz für einige Zeit auszuschalten.

Die Niederländische Bank ist in der verflossenen Woche mit ihrem Satz auf $3^1/_2$ %, also unter das Niveau der deutschen Reichsbank, gegangen. Nachdem das holländische Institut im Juni vorigen Jahres, also erst zu

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Freitag, 3. April $4^{3}/_{4}$—5%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Zahltag Paris, Wien. — *Duurings Kaffeestatistik. — Märzausweis Luxemburgische Prinz-Heinrich-Bahn.* — *G.-V.:* Ludwig Löwe Akt.-Ges., Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken, Mecklenburgisch-Strelitzsche Hypothekenbank, Süddeutsche Diskonto-Ges., Schöller & Eitorfer Kammgarnspinnerei, Grube Leopold b. Edderitz, Silesia Verein Chemischer Fabriken, Wittener Glashütten, Strassenbahn Hannover, Deutsche Linoleumwerke Hansa, Chemnitzer Aktien-Spinnerei, Chemin de fer de Paris-Lyon-Méditerranée.
Sonnabend, 4. April $4^{3}/_{4}$—5%	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Berliner Handels-Gesellschaft, Banca Generala Romana, Stahl & Federer, Anhalt-Dessauische Landesbank, Russische Bank für auswärtigen Handel, Ostbank für Handel u. Gewerbe, Schlesischer Bankverein, Allgemeine Gas-Akt.-Ges. Magdeburg, Sächsische Strassenbahn-Ges. Plauen, Atlas Lebensversicherungs-Ges. Ludwigshafen, Braunschweig. Kohlenbergwerke, Dittersdorfer Filz- und Kratzentuchfabrik, Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken, Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Akt.-Ges., Keyling & Thomas Eisengiesserei.
Montag, 6. April $4^{5}/_{8}\%$	Essener Börse. — *Märzausweise Franzosen, Lombarden, Lübeck-Büchener Eisenbahn.* — *G.-V.:* Darmstädter Bank, Gelsenkirchener Bergwerks-Ges., Württembergische Hypothekenbank, Essener Creditanstalt, Vieille Montagne, Frankfurter Gütereisenbahn, Rütgerswerke, Hötiger Akt.-Ges., Terrain-Akt.-Ges. Nieder-Schönhausen, Zechau-Kriebitzscher Kohlenbergwerke, Metallwerke Luckau & Steffen, Berliner Lloyd, Sinner Spiritus und Presshefe, Allgemeine Lokal- und Strassenbahn, Schlesische Dampfer-Compagnie, Portland-Cementfabrik Heidelberg-Mannheim, Plania-Werke, Berthold Messinglinienfabrik.
Dienstag, 7. April $4^{3}/_{8}\%$	Düsseldorfer Börse. — *G.-V.:* Königsberger Vereinsbank, Harzer Werke Rübeland & Zorge, Kaliwerke Aschersleben, Kaliwerke Salzdetfurth, Dürener Metallwerke, Hermannmühlen, Deutsche Waggonleihanstalt, Duxer Porzellanmanufaktur, Wollwäscherei u. Kämmerei Döhren, Crusauer Kupfer- u. Messingfabrik, Crefelder Strassenbahn.
Mittwoch, 8. April $4^{3}/_{8}\%$	Düsseldorfer Börse. — *Südafrikanische Goldminenausweise. — Transvaal Chamber of Mines.* — *G.-V.:* Deutsche Effekten- u. Wechselbank, Norddeutsche Creditanstalt Königsberg, Mülheimer Bank, Rheinische Bank, Berliner Maklerverein, Akt.-Ges. f. Verkehrswesen, Kaliwerke Friedrichshall, Kostheimer Cellulosefabrik, Mülheimer Bergwerksverein, Buderus Eisenwerke, Metallwerke Aders, Voigt & Häffner, Neu-Finkenkrug Terrain-Ges., Passage-Kaufhaus, Ver. Fränkische Schuhwarenfabriken, Dresdener Gasmotorenfabrik Moritz Hille, Akt.-Gesellsch. für Bauausführungen, Berlinische Lebensversicherungs-Akt.-Ges., Ver. Smyrna Teppichfabriken.
Donnerstag, 9. April $4^{3}/_{8}\%$	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Deutsche Levante-Linie, Düsseldorfer Röhrenindustrie, Bröhlthaler Eisenbahn, Handelsbank in Lodz, Azow-Don Commerzbank, Union-Bank Moskau, Maschinenfabrik Blumwe, Metallhütte Duisburg, Filter- u. Brautechnische Maschinenfabrik, Triptis Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Terrain-Ges. Berlin-Nordost.
Freitag, 10. April $4^{3}/_{8}\%$	Charfreitag.
Sonnabend, 11. April $4^{1}/_{2}\%$	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Busch Waggon- u. Maschinenfabrik, Portland-Cementfabrik Hemmoor, Ver. Chemischer Fabriken Mannheim.
	Ausserdem zu achten auf: Abschluss des Stahlwerksverbandes, Oesterreichische Eisenbahnen, Chemische Fabriken. Zulassunganträge (in Mill. M): Berlin: 15 5% Obl. Elektrische Licht- und Kraft-Akt.-Ges. Frankfurt a. M. 5 $5^{1}/_{2}\%$ Vorzugsaktien Neckarwerke, 134 $4^{1}/_{2}\%$ Budapester Stadtanleihe, 1,5 $4^{1}/_{2}\%$ Obl. Porzellanfabrik Kahla. Verlosungen: 8. April: 2% Brüsseler Maritime 100 Fr. (1897). 10. April: $2^{1}/_{2}\%$ Antwerpener 100 Fr. (1887, 1903), 2% Genter 100 Fr. (1896), 3% Pariser 400 Fr. (1871). 11. April: Crédit foncier de France 3% Pfdbr. (1903).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

einem verhältnismässig späten Zeitpunkt der allgemeinen Krisis, auf das für die dortigen Verhältnisse recht hohe Niveau von 5% gehen musste, machte sich auch die allgemeine Erleichterung in den Niederlanden dann erst relativ spät bemerkbar, so dass die Bank erst Mitte Februar auf $4^{1}/_{2}\%$ zurückweichen konnte. Inzwischen hatte aber die längere Behauptung der hohen Zinssätze gegenüber der raschen Entlastung in London und Berlin dazu geführt, die holländische Devise bedeutend zu kräftigen, so dass Amsterdam mit Erfolg Barrengold in London requirieren konnte und auch einige Summen deutschen Ursprungs erhielt. Die hieraus resultierende Kräftigung der Niederländischen Bank im Verein mit der allgemeinen internationalen Gelderleichterung ermöglichten dann Ende Februar eine weitere Ermässigung des Satzes auf 4% und schliesslich jetzt die oben erwähnte Reduktion auf $3^{1}/_{2}\%$.

Justus.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

H. H. in Köln. Anfrage: „Ich suche in der deutschen Literatur solche Werke, die sich mit dem Entwurfe und der Aufmachung von Wareneinkaufsrechnungen für überseeische Produkte und im Anschluss daran mit dem Entwurf von Paritätentabellen befassen. Da Sie vermutlich grosse Kenntnis der einschlägigen Literatur besitzen und mir diese völlig abgeht, so ersuche ich Sie hierdurch ergebenst, mir einige diesbezügl. Fingerzeige zu geben. Je grösser die Auswahl unter den Werken ist, desto lieber."

Antwort: So detaillierte Angaben, wie Sie wünschen, werden Sie in der Literatur schwerlich finden. Immerhin dürfte Ihnen das zweibändige Werk von Sonndorfer, „Die Technik des Welthandels", viel Brauchbares geben. Auch die Bücher von Robert Stern: „Exporttechnik" und J. Witthöft: „Exportpraxis" wären zu empfehlen.

H. K., Düsseldorf. Anfrage: „Welches Buch oder Bücher bzw. regelmässig erscheinende Abhandlungen können Sie mir unter möglichster Angabe des Preises und eventl. Erscheinungjahr empfehlen über: 1. Emission, Fusion, Sanierung, Kapitalsrückzahlung, Bezugsrecht, Gründung einer A.-G., über 2. Kreditbriefe und 3. ein Buch, welches Winke oder ausführliche Ratschläge an Kapitalisten gibt über die Börse, ihre Usancen und Wertpapiere."

Antwort: 1. Wolff-Birkenbihl, Die Praxis der Finanzierung bei Errichtung, Erweiterung, Verbesserung, Fusionierung und Sanierung von Aktiengesellschaften (7,75 ℳ geb.). 2. Ueber Kreditbriefe orientieren Sie sich am besten in einem das gesamte Bankgeschäft behandelnden Werke wie: Buchwald, Technik des Bankbetriebes (6 ℳ). 3. Das eben genannte Buch behandelt auch das Börsen- und Effektengeschäft ausführlich. Immerhin können Sie noch hinzuziehen: Fürst, „Die Börse" (5,50 ℳ).

G. E. in Berlin. Anfrage: „Ich möchte mich in der Korrespondenz über schwierige im Bankfach vorkommende Fälle üben. Können Sie mir ein Buch empfehlen, nach welchem man lernen kann, geschäftliche Briefe in gutem, modernem Deutsch zu schreiben?"

Antwort: Ein vorzügliches Lehrbuch ist: Bastian: „Die Schwierigkeiten der Geschäftskorrespondenz" (ℳ 2,50), ferner behandelt Bruno Buchwald in seinem Buche: „Die Technik des Bankbetriebes" (ℳ 6,—) die gesamte vorkommende Bankkorrespondenz ausführlich.

Plutus-Archiv.

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 59 HGB.

Kein Anspruch auf Spesen für den Tag der Rückreise? Der Kläger war als Reisender für die beklagte berliner Firma tätig. Am 15. Oktober erhielt er nach Hannover, wo er sich gerade aufhielt, die Aufforderung, seine Tätigkeit einzustellen; das Schreiben ging ihm mit der ersten Post zu, bevor er noch mit dem Besuch der Kundschaft begonnen hatte. Von Hannover musste er nach Erfurt fahren, wo er seinen Wohnsitz hatte. Er beansprucht noch Spesen für den 15. Oktober; das Fahrgeld für die Strecke Hannover-Erfurt klagt er nicht ein. Das Gericht weist ab: Da der Kläger den Brief am Morgen mit der ersten Post bekommen habe, so könne er für diesen Tag keine Spesen mehr verlangen. (Urteil der I. Kammer vom 19. März 1914.) — Der Entscheidung ist nicht beizupflichten. Spesen sind nicht nur für die Zeit, während der Reisende die Kundschaft besucht, also arbeitet, zu zahlen, sondern für die ganze Zeit, während deren er unterwegs ist. Darum hat er auch für den Tag der Rückreise, selbst wenn er an diesem nicht mehr die Kundschaft besucht, Anspruch auf Spesen; denn ihm entstehen tatsächlich auch noch Ausgaben, die durch die Geschäftsreise veranlasst sind, z. B. die Kosten der Verpflegung im Hotel.

Reisen zwecks geschäftlicher Besprechung muss der Prinzipal bezahlen. Der Kläger, der in Erfurt wohnte, war von der beklagten berliner Firma als Reisender engagiert. Bevor er seine Tätigkeit begann, kam er nach Berlin, um wegen der Mustersammlung usw. Rücksprache zu nehmen. Er verlangt die Reisekosten erstattet. Sie werden ihm verwehrt, da er sich selbst erboten habe, nach Berlin zu kommen. Das Gericht verurteilt: Die beklagte müsse die Reise nach Berlin bezahlen. (Urteil der I. Kammer vom 19. März 1914.)

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Berliner Monatskurse. XI. Jahrgang. Tabellarische Zusammenstellung sämtlicher Notierungen der Berliner Fondsbörse. Nach amtlichen Feststellungen im Januar 1914 mit höchsten und niedrigsten Kursen, Aktienkapital, Obligationenkapital, Reserven, Zinsterminen, Emissionshaus und Dividenden der letzten 10 Jahre. Herausgegeben vom Verlag der Berliner Monatshefte G. m. b. H., Berlin W. 35 Die Berliner Monatskurse erscheinen nach Schluss jedes Monats. Abonnement pro Quartal 3,50 ℳ.

Berichte der Handelskammer für den Kreis Mannheim. Im Auftrage der Kammer herausgegeben von Syndikus Dr. Blaustein. Nr 3. Jan. 1914. 3. Jahrg. Jährl. Abonn.-Preis 1,50 ℳ. Geschäftsstelle Mannheim B 1 7b.

Nachtrag zum Jahresbericht 1913 (Kleinhandel). — Wirtschaftsstatistik 1913. — Geschäftsstatistik. — Wehrbeitrag. — Brieftelegramme. — Zweite Rheinbrücke. Rheintunnel. Brückengeld, Brückenfrachtzuschläge. — Aus der Tätigkeit der Kammer in den Monaten November 1913 bis Januar 1914. — Bücherbesprechungen.

Die Massnahmen der Reichsbank zur Erhöhung der Liquidität der deutschen Kreditbereitschaft. Von Alfred Lansburgh, Berlin. Heft 8 der Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen. Preis brosch. 2,— *M.* Stuttgart 1914. Verlag von Ferdinand Enke.

Das „verfügbare" Kapital der Reichsbank. — Schwankungen des Kreditanspruchs. — Der Andrang an den Quartalsterminen. — Die Barreserve der Privatbanken. — Barreserve und Zahlungbereitschaft. — Rückgriff der Banken auf die Reichsbank. — Folgen der zunehmenden Quartalsanspannung. — Die Krisis von 1907. — Bankpolitik in England und Deutschland. — Wirksamkeit der englischen Bankpolitik. — Die Unterstützung der Bank von England durch das Ausland. — Das Versagen der deutschen Diskontpolitik — Reformbedürftigkeit. — Die Fragestellung in der Bankenquete. — Neue Richtlinien der Bankpolitik. — Kompromiss-Reform. — Pflege der Gold- und Devisenpolitik. — Bedeutung der Goldpolitik. — Reichsbank und Geldmarkt. — Erste Abwehrmassregel der Reichsbank. — Die Reichsbank in den Jahren 1908 bis 1910. — Wirkungen der Propaganda für den Scheckverkehr. — Verteuerung der Lombarddarlehen. — Marokko-Krisis. — Die Reichsbank während der Krisis. — Die Privatbanken und das Reformprogramm. — Stellungnahme der Banken. — Liquididät, Kredit und Industriestaat. — Erzieherische Funktion der Reichsbank. — Kriegsbereitschaft.

Handbuch der Kali-Bergwerke, Salinen- und Tiefbohrunternehmungen, Jahrgang 1914. Preis gebd. 12,— *M.* Berlin C. Verlag der Kuxen-Zeitung.

Auszug aus dem Allgemeinen Berggesetz. — Berggesetz für Elsass-Lothringen. — Gesetz über Bergwerksbesteuerung in Elsass-Lothringen. — Gesetz über den Absatz von Kalisalzen. — Beteiligungtabelle. — Ausführungbestimmungen zum Kaligesetz. — Verschiedene bergbauliche Gesetze. — Berggesetzliche Bestimmungen für Hannover. — Reichs- und Staatsbehörden. — Kalisyndikat G. m. b. H. nebst Syndikatsvertrag. — Geschäftsstellen des Kalisyndikats. — Verkaufsbedingungen des Kalisyndikats. — Absatz des Kalisyndikats. — Preise des Kalisyndikats. — Vereine und Verbände. — Kaliwerke, im Betrieb befindlich, beim Schachtbau, auf Salz fündig, bohrende, noch nicht fündig, welche Terrains zu Bohrzwecken besitzen, welche die Bohrungen eingestellt haben. — Chemische Fabriken. — Salinen und Steinsalzbergwerke. — Tiefbohrunternehmungen. — Technischer Wegweiser.

Deutscher Sozialversicherungskalender für das Jahr 1914. Herausgeber Rob. Kohlrausch, Gerichts-Assessor, Hannover, z. Zt. Hilfsbeamter des Vorstandes der Landesversicherunganstalt in Hannover. 1. Jahrgang. Preis gebd. 3,— *M.* Hannover 1914. Rechts-, Staats- und Sozialwissenschaftlicher Verlag G. m. b H.

Tafelkalender für die Jahre 1913 bis 1915. — Kalender für die Jahre 1801 bis 1980. — Münztabellen. — Zinstabellen. — Masse und Gewichte. — Post- und Telegramm-Gebührentarif. — Tageskalender für das Jahr 1914. — Notizblätter. — Versicherungbehörden und Träger der Versicherunggesetzgebung. — Reichsversicherungordnung. — Versicherungbehörden. — Versicherungträger. — Verzeichnis der Reichsgesetze auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen- und Angestelltenversicherung. — Verzeichnis der wichtigsten in den amtlichen Nachrichten seit dem 1. Januar 1912 vom Reichsversicherungamte veröffentlichten Verordnungen und Bekanntmachungen etc. auf dem Gebiete der Reichsversicherungordnung. — Verzeichnis oberstrichterlicher Entscheidungen etc. auf dem Gebiete der Reichsversicherungordnung. — Verzeichnis der wichtigsten in den amtlichen Nachrichten der Reichsversicherunganstalt, Jahrgang 1913, veröffentlichten Verordnungen etc. auf dem Gebiete der Angestelltenversicherung. — Verzeichnis der wichtigsten Entscheidungen etc. auf dem Gebiete der Angestelltenversicherung nach den Veröffentlichungen der Reichsversicherunganstalt in den amtlichen Nachrichten, Jahrgang 1913. — Statistische Angaben über die Leistungen etc. auf dem Gebiete der Sozialversicherung. — Die Sozialversicherung im Jahre 1913. — Anleitung des Reichsversicherungamtes über den Kreis der nach der Reichsversicherungordnung gegen Invalidität und gegen Krankheit versicherten Personen.

Die Bestechung der Beamten und Privatangestellten. Von Dr. Xaver Schlüter. Preis brosch. 1,20 *M.* Berlin 1913. Verlag von R. Trenkel.

Begriff und Arten der Bestechung. — Gemeinsame Merkmale für die Beamten- und Privatangestelltenbewegung. — Besondere Merkmale für die Beamtenbestechung, für die Privatangestelltenbestechung. — Gesetzentwurf.

Versicherungs- und Genossenschaftswesen als wechselseitige Hilfsorganisationen. Eine geschichtliche Studie. Von Dr. jur. Wuttig, Mitglied des Vorstandes des Generalverbandes ländl. Genossenschaftkassen für Deutschland. Band 5 der Deutschen ländlichen Genossenschaftbücherei. Preis 3,— *M.* Berlin 1914. Verlag des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften für Deutschland, e. V.

Die ersten Organisationsversuche: Die Projekte der Umgestaltung der Landwirtschaftlichen Kreditbank in Frankfurt a. M. und alsdann der Deutschen Lebens-, Pensions- und Rentenversicherunggesellschaft a. G. zu Potsdam zu einem zentralen genossenschaftlichen Kredit- und Lebensversicherunginstitut. — Das Projekt einer Deutschen landwirtschaftlichen Generalbank als Kredit- und Versicherunginstitut. — Das Projekt einer Deutschen landwirtschaftlichen Kredit- und Lebensversicherunganstalt auf Gegenseitigkeit, eingetragenen Genossenschaft — Das Projekt einer Deutschen landwirtschaftlichen Generalbank als Kreditinstitut in Verbindung mit einer Arminia, Deutschen landwirtschaftlichen Lebensversicherunganstalt auf Gegenseitigkeit als Versicherunginstitut. — Das Projekt einer Deutschen landwirtschaftlichen Generalbank als „Anwaltschaft" in Verbindung mit einer Arminia, Deutschen landwirtschaftlichen Lebensversicherunganstalt auf Gegenseitigkeit, als Versicherung- und Kreditinstitut. — Das Projekt einer „Anwaltschaft" in Verbindung mit der Lebensversicherung- und Ersparnisbank zu Stuttgart als Versicherung-, und einer „Generalkasse" als Kreditinstitut und seine Durchführung. — Die praktischen Ergebnisse der Verbindung des Genossenschaft- und Versicherungwesens in der Raiffeisenschen und in den anderen deutschen Genossenschaftorganisationen. — Zusammenfassung und Kritik.

Die Konkurrenzverbrechen nach dem Gesetzentwurf verglichen mit dem geltenden Recht. Von Dr. Gerhard Clarus, Syndikus der Handelskammer in Regensburg. Preis 1,20 *M.* München 1914, Berlin und Leipzig. J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier.)

Gegenstand des Angriffs. — Schuldformen. — Betrüglicher (schwerer), einfacher Bankbruch und Gläubigerbegünstigung in ihren subjektiven Unterscheidungmerkmalen. — Angriffsmittel. — Täterschaft und Teilnahme. — Versuch und Verjährung. — Schlussbetrachtung.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. 1914, 2. Heft. Preis 50 Pfg. Alle 14 Tage erscheint ein Heft. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G.m.b.H., Berlin.

Die Militärfrage und die Sozialdemokratie. Von Wilhelm Kolb. — Weshalb noch ein Arbeitwilligenschutz. Von Robert Schmidt. — Zur landwirtschaftlichen Bodenpolitik in Bayern. Von Dr. Arthur Schulz. — Individuum und Organisation. Von Dr. Max Picard. — Die Industrie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Hans Fehlinger. — Von der Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben. Von Dr. Ludwig Quessel.

Weltverkehr und Weltwirtschaft. Herausgegeben von Dr. Richard Hennig. 3. Jahrgang 1913/14, Nr. 10, Januar. Preis des Jahrgangs 18,00 *M.* Einzelnummer 2,00 *M.* Hermann Paetel, Verlag G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf.

Tsingtau und die chinesischen Eisenbahnpläne. Von Dr. Gerhard Menz, Tsingtau. — Die Leipziger Kanalprojekte. Von Dr. Paul Ritter, Halle a. S. — Die Trockenlegung

des Zuidersee. Von B. H. Verhagen, Haag. — Der Stand des Bahnbaues in Süd- und Mittelamerika. Von Spiridion Gopcević, Berlin. — Die Küstenschiffahrt in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Hans Fehlinger, München. — Der deutsche Aussenhandel seit Beginn des neuen Jahrhunderts. Von W. Rompel, Lindenholzhausen.

Asiatisches Jahrbuch. Herausgegeben im Auftrage der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft von Dr. Vossberg-Rekow. Preis gebd. 7,50 ℳ. Berlin 1913. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.

Die militärische Lage der Türkei nach dem Balkankriege. Von Generalfeldmarschall Freih. v. d. Goltz. — Vorderasien nach dem Balkankrieg. Von Dr. Ernst Jäckh, Berlin. — Einige Folgerungen aus der chinesischen Anleihe. Von Geh. Admiralitätrat Dr. Schrameier. — Japan als Kolonialmarkt. Von Dr. Ludwig Riess. — Persien und der englisch-russische Vertrag vom 31. August 1907. Von Hans Hermann Graf von Schweinitz. — Die Kolonisation Sibiriens. Von Dr. Otto Goebel. — Russisch-Turkestan und seine Bedeutung in den Fragen Asiens und der Weltwirtschaft. Von Dr. Otto Hoetzsch, Posen. Besonderer Teil. Bearbeitet von P. Wolff, Oberst z. D., Potsdam. — Afghanistan. — Asiatische Türkei. — Bhutan. — Britisch-Ostindien. — China. — Indochina. — Japan. — Nepal. — Niederländisch-Indien. — Persien. — Philippinen. — Russisch-Asien. — Siam.

Die wirtschaftliche Entwicklung von Alaska. Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie der Konzentrationsbewegung. Von Edgar Sallin. Mit einer Karte von Alaska. Tübingen 1914. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Einführung in die geschichtlichen und geographischen Verhältnisse. — Deskriptive Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse. — Die agraren Ertragsquellen. — Die industriellen Ertragsquellen. — Die Transportverhältnisse. — Systematisch-theoretische Zusammenfassung. — Der Aufbau der Wirtschaft. — Die Konzentrationsbewegung. — Wirtschaftpolitische Folgerungen.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. In Verbindung mit Werner Sombart, Max Weber und Robert Michels. Herausgegeben von Edgar Jaffé, Redaktionssekretär Emil Lederer, Heidelberg. 38. Band. 1. Heft. Tübingen 1914. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Ueber den Subjektivismus in der Preislehre. Von Prof. Otto v. Zwiedineck, Karlsruhe. — Ueber einige in der Natur des Beobachtungobjekes liegende Schwierigkeiten des volkswirtschaftlichen Forschens. Von Prof. Lujo Brentano, München. — Die Probleme der wirtschaftlichen Dynamik. Von Prof. Alfred Amonn, Czernowitz. — Betrachtungen über die Grundlagen der politischen Parteibildung. Von Dr. Walter Sulzbach, Frankfurt. — Die ungarische Wahlreform. Von Sulzbach, Frankfurt. — Die ungarische Wahlreform. Von Dr. Josef Rédei, Budapest. — Die italienische Mutterschaftversicherung und ihre Bedeutung. Von Gisela Michels-Lindner, Turin. — Zum Streit über die Weltwirtschaftlehre. Von Prof. Dr. Walter Lotz, München.

Vorlesungen über Volks- und Staatswirtschaft Von Graf S. J Witte. Einzig berechtigte deutsche Ausgabe. Uebersetzt und eingeleitet von Josef Melnik. Erster Band. Mit einem Bildnis. Preis geh. 7,50 ℳ. geb. 9,— ℳ. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin.

Wirtschaft. — Die Formen der Wirtschaft. — Private Wirtschaften. — Gemeinwirtschaft. — Volkswirtschaft. — Weltwirtschaft. — Definition der Wissenschaft von der Volkswirtschaft oder politischen Oekonomie. — Charakter dieser Wissenschaft. — Ihre Abhängigkeit von der Gesellschaftsstruktur und ihre Entwicklung. — Bestimmte Gesetzmässigkeit in der Entwicklung der Volkswirtschaft. — Stufen der Volkswirtschaft. — Besonderheiten Russlands bezüglich der Aufeinanderfolge der volkswirtschaftlichen Stufen. — Das Bedürfnis, die Triebfeder und das Endziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit. — Die Summe der allgemeinen Bedürfnisse einer gewissen Zeit bestimmt die moderne Produktion. — Einfluss der sozialen Ordnung auf die Entwicklung der Bedürfnisse. — Nachahmung, Erbrecht, Sitten. — Das Niveau der Bedürfnisse als Massstab der Kulturstufe. — Die verhältnismässig geringe Entwicklung der Bedürfnisse in Russland. — Der Grund dieser Erscheinung. — Das Wachstum der Bedürfnisse in Russland. — Begriff des wirtschaftlichen Guts. — Kategorien der Wirtschaftgüter. — Die Einteilung der wirtschaftlichen Betätigung. — Die erlangende landwirtschaftliche und verarbeitende Betätigung. — Der Zusammenhang zwischen diesen Betätigunggebieten. — Ihre gegenwärtige Lage in Russland. — Die drei Kräfte oder Faktoren der Produktion. — Das Unternehmen. — Die extensive und intensive Produktion. — Die wichtigsten natürlichen Bedingungen, die auf die Tätigkeit des Menschen einwirken. — Die Arbeit. — Die physische und wirtschaftliche Bedeutung der Arbeit. — Die Bedeutung der Wechselbeziehungen von produktiven und unproduktiven Gesellschaftklassen in der Volkswirtschaft. — Der Militarismus. — Die Veränderungen der Natur durch die Tätigkeit der Menschen. — Züchtung und Akklimatisation der Pflanzenarten und Tiere. — Der Waldbau. — Das System der Landwirtschaft als ein Mittel zur Herstellung und Steigerung der Fruchtbarkeit. — Verkehrsmittel. — Der Warenaustausch und seine Bedeutung. — Die Abhängigkeit der Arbeit von der Bevölkerungzahl. — Auswanderung und Einwanderung. — Die Besonderheiten Russlands hinsichtlich der aufgezählten Bevölkerungfaktoren. — Die Bedeutung der Sklaven-, Leibeigenen- und freien Arbeit. — Kurze Geschichte der Leibeigenschaft in Russland. — Die absolute Notwendigkeit einer endgültigen Lösung der Bauernfrage durch Hebung der Persönlichkeit des Bauern und die Gewährung der Rechte, die denen aller Untertanen des Kaisers entsprechen. — Begriff des Kapitals im üblichen und ökonomischen Sinne. — Die Bedeutung der Ersparnisse. — Die Einrichtung der Sparkassen. — Ihre Entwicklung in Russland. — Die Motive der Entstehung des Kapitalismus in einem Lande und die Beteiligung des Staates daran. — Die Armut Russlands an Kapitalien und die historischen Ursachen dieser Tatsache. — Ausländische Kapitalien. — Die Grundlosigkeit der Vorurteile gegen ausländische Kapitalien. — Der Begriff des Austausches. — Der Begriff des Monopols. — Die arithmetischen und dynamischen Durchschnittspreise. — Das Wesen der Marxischen Theorie. — Die Arbeiterfrage. — Der Handel. — Freihandel und Protektionismus. — Die Aufgabe der Handelspolitik. — Merkantilismus. — Die Lehre der Physiokraten. — Adam Smith. — Starke Entwicklung der Idee des Protektionismus im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts durch Friedrich List und Fürst Bismarck. — Der Zusammenhang der Idee des Protektionismus mit der Idee des Nationalismus. — Der Kampf der Nationen um die internationalen Märkte. — Kurze geschichtliche Skizze der handelsindustriellen Politik Russlands, hauptsächlich in der neueren Zeit. — Unsere Handelspolitik im Verhältnis zu den asiatischen Ländern. — Die Aussichten des asiatischen Handels in der Zukunft. — Das Feld. — Die Technik des Münzwesens. — Die Petersburger Münze. — Kredit. — Darlehnskassen und Lombardbanken. — Depositen. — Bankhäuser und Banken. — Die Grundregel der Banktechnik. — Kreditgenossenschaften.

Ueber das Börsentermingeschäft in Wertpapieren. Von Dr. Heinrich Göppert, Geh. Ober-Reg.-Rat. Vorträge, gehalten in einem Fortbildungkurse für Juristen. Preis brosch. 2,40 ℳ. Berlin 1914. Verlag von Julius Springer.

Der Terminhandel an der Börse. — Die Regelung des Börentermingeschäfts im alten und im neuen Börsengesetz. — Insbesondere der Spieleinwand im neuen Börsengesetz. — Wesensverschiedenheit des Börsentermingeschäfts in Wertpapieren und des Börsentermingeschäfts in Waren. — Entstehung des Börsenterminhandels in Waren aus dem regelmäsigen Zeitgeschäft. — Entstehung des Börsenterminhandels in Wertpapieren für Zwecke des effektiven Handels. — Vorteile und Nachteile des Terminhandels in Wertpapieren. — Schlussbetrachtungen.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

A.-G. Dampfziegelei Heilbronn-Neckargartach, Heilbronn, 15. 4., —, 19. 3. • A.-G. Georges Geiling & Cie., Frankfurt a. M., 15. 4., 11. 4., 23. 3. • A.-G. Katholisches Gesellenhaus, Ahrweiler, 14. 4., —, 23. 3. • A.-G. des Gaswerks Remich, Metz, 18. 4., 15. 4., 25. 3. • A.-G. für Bauausführungen, Berlin, 8. 4., 4. 4., 21. 3. • A.-G. für Beton- und Monierbau, Berlin, 16. 4., 11. 4., 24. 3. • A.-G. für Gas-, Wasser- und Electricitäts-Anlagen, Berlin, 11. 4., 7. 4., 23. 3. • A.-G. für Lackfabrikation, Hamm i. W., 17. 4., 14. 4., 23. 3. • A.-G. für Verlag u. Druckerei „Der Westfale", Münster i. W., 18. 4., —, 27. 3. • Allgemeine Gas- und Electricitäts-Act.-Ges., Bremen, 16. 4., 12. 4., 27. 3. • Asbest- u. Gummiwerke Alfred Calman A.-G., Hamburg, 15. 4., 11. 4., 16. 3.

Barmer A.-G. für Besatz-Industrie vorm. Saatweber & Co., Barmen, 18. 4., 15. 4., 26. 3. • Bergedorfer Eisenwerk A.-G., Sande, 18. 4., 15. 4., 10. 3. • Berlin-Oberspree, Terrain- u. Baugesellschaft, Berlin, 18. 4., 15. 4., 18. 3. • Berlinische Lebensversicherungs-Gesellschaft, Berlin, 8. 4., 5. 4., 23. 3. • Boeddinghaus, Reimann & Co. A.-G., Elberfeld, 15. 4., 11. 4., 20. 3. • Bodengesellschaft am Hochbahnhof Schönhauser Allee A.-G., Berlin, 24. 4., 20. 4., 26. 3. • Braunkohlen- und Brikett-Werke Roddergrube A.-G., Cöln, 15. 4., 11. 4., 25. 3. • Bremer Papier- und Wellpappen-Fabrik A.-G., Bremen, 18. 4., 14. 4., 24. 3.

Celler Lederwerke vorm. Fritz Wehl & Sohn, A.-G., Celle, Berlin, 18. 4., 15. 4., 17. 3. • Chemische Fabrik in Billwärder A.-G. vorm. Hell & Sthamer, Hamburg, 17. 4., 13. 4., 20. 3. • Chemische Fabrik J. E. Devrient A.-G., Zwickau, 18. 4., —, 27. 3.

Deutsche Ansiedlungsbank, Berlin, 18. 4., 15. 4., 27. 3. • Deutsche Antioquia-Bank, Bremen, 22. 4., 18. 4., 7. 3. • Deutsche Linoleum- und Wachstuch-Compagnie A.-G., Neukölln, 17. 4., 13. 4., 9. 3. • Deutsche Pflastersteinwerke A.-G., Dresden, 18. 4., 13. 4., 26. 3. • Deutsche Schachtbau-A.-G., Nordhausen, Berlin, 15. 4., 13. 4., 17. 3. • Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Canalisation und Chemische Industrie A.-G., Friedrichsfeld, 16. 4., 11. 4., 7. 3. • Daimler-Motoren-Gesellschaft, Stuttgart, 25. 4., 20. 4., 26. 3. • Dampfziegelei Vacha A.-G., Eisenach, 8. 4., 6. 4., 21. 3. • Dresdner Albuminpapier-A.-G., Dresden, 17. 4., —, 21. 3. • Dresdner Nähmaschinenzwirn-Fabrik A.-G., Dresden, 15. 4., 11. 4., 21. 3. • Düngerexport-Gesellschaft, Dresden, 18. 4., 15. 4., 20. 3. • Dürener gemeinnützige Baugesellschaft, Düren, 9. 4., —, 23. 3. • Düsseldorfer Thon- und Ziegelwerke Act.-Ges., Düsseldorf, 17. 4., 13. 4., 20. 3.

Eisenwerk Laufach A.-G., Aschaffenburg, 15. 4., 12. 4., 5. 3. • Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G., Dortmund, 16. 4., 10. 4., 23. 3. • Electrische Strassenbahn Breslau, Breslau, 15. 4., 8. 4., 23. 3. • Electrizitätswerk Wannsee, Potsdam, 16. 4., 13. 4., 26. 3.

Fabrik für Blechemballage O. F. Schaefer Nchf. A.-G., Berlin, 18. 4., 15. 4., 21. 3. • Feuerversicherungsgesellschaft Rheinland, Neuss, 16. 4., —, 27. 3. • Filter- und Brautechnische Maschinenfabrik A.-G. vorm. L. A. Enzinger, Worms a. Rh., 9. 4., 6. 4., 21. 3. • Forbacher Bank A.-G., Forbach i. Lothr., 23. 4., 18. 4., 9. 3.

Gas- und Electrizitätswerke Neuenahr A.-G., Essen (Ruhr), 8. 4., 7. 4., 26. 3. • Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Berlin, 17. 4., 13. 4., 26. 3. • Göppinger Bad-Gesellschaft, Göppingen, 17. 4., 14. 4., 16. 3. • Grossbauchlitzer Brauerei i. L., Döbeln, 6. 4., —, 21. 3. • Grünsteinwerke Reutzschmühle A.-G., Cossengrün, Greiz i. V., 16. 4., 10. 4., 7. 3.

Hagener Theater A.-G., Hagen, 14. 4., 10. 4., 18. 3. • Hallescher Speditions-Verein A.-G., Halle a. d. S., 15. 4., 12. 4., 12. 2. • Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft, Hamburg, 16. 4., 15. 4., 26. 3. • Hamburger Wollkämmerei, Bremen, 17. 4., 14. 4., 26. 3. • Handels- und Depositenbank A.-G. vorm. Ch. Spies & Cie., Zabern, 7. 4., —, 23. 3. • Hannoversche Baugesellschaft, Hannover, 15. 4., 11. 4., 24. 3. • Hanseatische Stuhlrohrfabriken Rumcker & Ude A.-G., Hamburg, 17. 4., 14. 4., 20. 3. • Heine & Co. A.-G., Leipzig, 15. 4., 12. 4. 26. 3. • Hohenzollerische Landesbahn A.-G., Sigmaringen, 16. 4., 11. 4., 20. 3. • Hotel Disch A.-G., Cöln, 15. 4., 11. 4., 9. 3.

Kalkwerke A.-G., vorm. Hein & Stenger, Aschaffenburg, 8. 4., —, 21. 3. • Kölnische Gummifäden-Fabrik vorm. Ferd. Kohlstadt & Co., Cöln-Deutz, 16. 4., 8. 4., 19. 3. • Kreis Ruhrorter Strassenbahn A.-G., Duisburg-Ruhrort, 15. 4., —, 24. 3. • Gebr. Krüger & Co. A.-G., Berlin, 16. 4., 14. 4., 19. 3. • Kurhaus Palmenwald, Freudenstadt, 18. 4., —, 2. 3.

Landbank in Berlin, Berlin, 16. 4., 12. 4., 21. 3. • Ländliche Spar- und Vorschussbank, Oederan, 17. 4., —, 19. 3. • Anton u. Alfred Lehmann A.-G., Berlin, 17. 4., 11. 4., 27. 3. • Lindener Zündhütchen- und Thonwaaren-Fabrik, Linden, 18. 4., —, 27. 3.

Magdeburger Bau- und Creditbank, Magdeburg, 16. 4., 12. 4., 25. 3. • Maschinenfabrik Germania vorm. J. S. Schwalbe & Sohn, Chemnitz, 17. 4., 13. 4., 25. 3. • Maschinenfabrik Moenus A.-G., Frankfurt a. M., 15. 4., 9. 4., 24. 3. • Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. H. Breuer & Co., Höchst a. Main, 18. 4., 14. 4., 24. 3. • Franz Méguin & Co. A.-G., Dillingen (Saar), 16. 4., —, 23. 3. • J. Mehlich A.-G., Berlin, 16. 4., 12. 4., 23. 3. • Merck'sche Guano- und Phosphat-Werke A.-G., Hamburg, 16. 4., 12. 4., 25. 3. • Metallhütte A.-G., Duisburg, 17. 4., 11. 4., 24. 3. • Minen von Buchsweiler A.-G., Buchsweiler, 7. 4., —, 23. 3. • Mülhauser Schiess-Gesellschaft A.-G., Mülhausen, 4. 4., —, 23. 3.

Neu-Döberitz Schwimmbad A.-G., Berlin, 15. 4., —, 27. 3. • Norddeutsche Kohlen- und Cokes-Werke A.-G., Hamburg, 16. 4., 11. 4., 24. 3. • Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei, Bremen, 17. 4., 14. 4., 25. 3. • Norddeutsche Zündschnur-Industrie A.-G., Hannover, 17. 4., 10. 4., 12. 3. •

Odenwälder Hartstein-Industrie A.-G., Darmstadt, 18. 4., 14. 4., 7. 3. • Ostpr. Torfstreu-Fabrik A.-G. Heydekrug, Heydekrug, 18. 4., —, 26. 3.

Plantagengesellschaft Clementina A.-G., Hamburg, 14. 4., 11. 4., 23. 3. • Portland-Cementfabrik Elm A.-G., Hanau, 18. 4., 15. 4., 25. 3. • Prettin-Annaburger Kleinbahn-A.-G., Berlin, 16. 4., —, 24. 3. • Preussische Nationalversicherungs-Gesellschaft, Stettin, 18. 4., 15. 4., 24. 3. • Protalbin-Werke A.-G., Dresden, 17. 4., 13. 4., 27. 3.

Rheinisch-Westfälische Kupferwerke A.-G. in Olpe, Frankfurt a. M., 18. 4., 13. 4., 19. 3.

Sächsisch-Anhalt. Armaturenfabrik und Metallwerke A.-G., Bernburg, 16. 4., 13. 4., 20. 3. • Sauerländischer Bank-Verein A.-G., Meschede, 16. 4., 11. 4., 14. 2.

Schillerwerk Godesberg A.-G., Godesberg a. Rh., 18. 4., 15. 4., 17. 3. • Conrad Scholtz A.-G., Hamburg, 14. 4., 10. 4., 26. 3. • Schlesische Dach-Falz-Ziegel- u. Chamottenfabrik A.-G. vorm. A. Dannenberg, Kodersdorf, Görlitz, 17. 4., 5. 4., 16. 3. • Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Breslau, 16. 4., 12. 4., 24. 3. • Schützenpark A.-G., Harburg, 14. 4., —, 25. 3.

Stahlwerke Krieger A.-G., Düsseldorf, 18. 4., 15. 4., 24. 3. • Steingutfabrik A.-G. Sörnewitz, Meissen, 18. 4., 14. 4., 17. 3. • Stettin-Bredower Portland-Cement-Fabrik, Stettin, 16. 4., 15. 4., 19. 3. • Stettiner Rückversicherungs-A.-G., Stettin, 18. 4.,

3. 4., 24. 3. • Strassen-Eisenbahn-Gesellschaft, Braunschweig, 18. 4., 15. 4., 19. 3.

Terrain-A.-G. Am Tiergarten, Königsberg i. Pr., 17. 4., —, 23. 3. • Terrain-A.-G. Wohldorf-Ohlstedt i. Liqu., Hamburg, 18. 4., 17. 4., 24. 3. • Teutonia, Misburger Portland - Cementwerk, Hannover, 15. 4., 12. 4., 21. 3. • Thonwaren-Industrie Wiesloch A.-G., Wiesloch, 17. 4., 11. 4., 5. 3. • Tilsiter Dampfer-Verein A.-G., Tilsit, 16. 4., 12. 4., 26. 3. • Treuhand-Bank für Sachsen A.-G., Dresden, 15. 4., 11. 4., 26. 3.

Verein Deutscher Oelfabriken, Mannheim, 17. 4., 13. 4., 16. 2. • Vereinsbank zu Colditz, Colditz, 16. 4., —, 25. 3. • Vereinigte Fabriken photographischer Papiere, Dresden, 17. 4., 12. 4., 21. 3. • Vereinigte Grossalmeroder Thonwerke, Cassel, 18. 4., 13. 4., 19. 3. • Vereinigte Moselschiefergruben A.-G., Cöln, 18. 4., 11. 4., 25. 3. • Vorwohler Portland-Cement-Fabrik Plauck & Co. A.-G., Hannover, 16. 4., 14. 4., 4. 3.

Wailandt'sche Druckerei A.-G., Aschaffenburg, 8. 4., 7. 4., 24. 3. • Victor Weibel A.-G., Kaysersberg, 18. 4., —, 23. 3. • Weissenhof-A.-G., Stuttgart, 17. 4., 14. 4., 23. 3. • Ludwig Wessel A.-G. für Porzellan- und Steingutfabrikation, Bonn, 18. 4., 14. 4., 12. 3. • Westdeutsche Versicherungs-Actien-Bank, Essen, 16. 4., —, 21. 3. • Westfälische Transport-A.-G., Dortmund, 17. 4., 13. 4., 25. 3. • Württembergische Transport - Versicherungs - Gesellschaft, Heilbronn, 16. 4., —, 21. 3.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 31. März 1914, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Adler bei Kupferdreh	4250	4300
Alte Haase	1350	—
Blankenburg	—	1800
Brassert	—	10200
Caroline	2775	2850
Carolus Magnus	5700	6000
Constantin der Gr.	52000	53000
Diergardt	2575	2650
Dorstfeld	10000	10500
Ewald	40000	42500
Friedrich der Grosse	—	27500
Fröhliche Morgensonne	—	10000
Gottessegen	2600	2750
Graf Bismarck	—	63000
Graf Schwerin	12850	13400
Heinrich	5450	5550
Helene & Amalie	18600	19200
Hermann I/III (3000 Kuxe)	4475	4600
Johann Deimelsberg	6700	6900
König Ludwig	30500	31700
Langenbrahm	16000	16600
Lothringen	27800	28800
Mont Cenis	16800	—
Oespel	3600	—
Rudolf	450	525
Schürb. & Charlottbg.	3300	3325
Trappe	2000	2200
Trier (3000 Kuxe)	6650	6850
Unser Fritz	—	16800
Westfalen (10 000 Kuxe)	1500	1550
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	1975	2050
Bruckdorf-Nietleben	1475	1550
Germania	—	1010

	Gesucht	Angeboten
Gute Hoffnung	4550	4650
Humboldt	1450	1550
Leonhard	—	7700
Lucherberg	2150	2250
Michel	—	8150
Neurath	1275	1350
Prinzessin Victoria	1700	1950
Schallmauer, Braunk.	4100	4200
Wilhelma	2750	—
Kali-Kuxe und -Anteile.		
Alexandershall	11000	11300
Aller Nordstern	1550	1600
Beienrode	4025	4075
Bergmannssegen	7100	7300
Braunschweig-Lüneburg	2550	2650
Burbach	11000	11600
Buttlar	600	650
Carlsfund	5500	5550
Carlsglück	1325	1375
Carlshall	2275	2400
Carnallshall	3400	3600
Deutschland, Justenbg.	—	—
Einigkeit	4675	4775
Fallersleben	1675	1750
Felsenfest	3250	3350
Gebra	4300	4500
Glückauf, Sondershausen	19400	19900
Günthershall	4900	5050
Hansa Silberberg	5675	5800
Hedwig	1700	1775
Heiligenmühle	825	900
Heiligenroda	10700	10900
Heimboldshausen	2600	2700
Heldrungen I	975	1025
Heldrungen II	1200	1275
Herfa	2425	2525
Heringen	6050	6250
Hermann II	1625	1675
Hohenfels	5900	6000
Hohenzollern	7650	7725
Hugo	9600	9750
Hüpstedt	2850	2950
Immenrode	4500	4650
Irmgard	825	875
Johannashall	—	3800
Kaiseroda	6850	6900
Mariaglück	1525	1600

	Gesucht	Angeboten
Marie	3350	3450
Marie-Louise	3350	3450
Max	4375	4475
Meimerhausen	—	—
Neurode	2425	2525
Neusollstedt	2250	2350
Neustassfurt	13600	14000
Oberröblingen	—	—
Prinz Eugen	5150	5300
Ransbach	2600	2700
Reichenhall	1700	1775
Rothenberg	2575	2650
Sachsen-Weimar	7650	7850
Salzmünde	5850	5950
Siegfried I	5075	5150
Siegfried-Giesen	4000	4100
Theodor	5150	5300
Thüringen	3400	3500
Volkenroda	7350	7550
Walbeck	4000	—
Walter	1575	1625
Weyhausen	3600	3700
Wilhelmine	1475	1500
Wilhelmshall	9500	9600
Wintershall	20500	21300
Kali-Aktien.		
Adler Kaliwerke	45%	47%
Bismarckshall	110%	112%
Hallesche Kaliwerke	59%	60%
Hattorf	117%	119%
Heldburg	39%	40%
Justus Act.	93%	95%
Krügershall	120%	122%
Ronnenberg Act.	96%	98%
Salzdethfurt	347%	352%
Steinförde	36%	38%
Teutonia	63%	65%
Erzkuxe.		
Apfelbaumer Zug	550	600
Eiserner Union	750	800
Fernie	2675	2775
Flick	80	100
Freier Grunder Bgw.-V.	750	800
Ver. Henriette	1175	1250
Louise Brauneisenst.	1725	1775
Neue Hoffnung	10	15
Wilhelmine	1200	1275

Bayerische Handelsbank.

Bilanz-Konto für den 31. Dezember 1913.

Aktiva.

Aktiva		M.	Pf
Kasse, fremde Geldsort u. Coup.	M. 3 740 477.30		
Kasse der Lagerhaus-Abteilung	„ 3 087.53	3 743 564	83
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		844 908	82
Wechsel (davon eigene Akzepte M. 169 933.85)		20 287 706	79
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		5 919 251	91
Reports u. Lombards geg. börsengäng. Wertpap.		723 366	15
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen (durch Waren, Fracht- od. Lagerscheine gedeckt)		362 219	23
Eigene Wertpapiere:			
a) Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 2 391 877.71		
b) sonstige bei d. Reichsbank u. and. Zentralnotenbank. beleihbare Wertpapiere	„ 564 621.53		
c) sonst. börseng. Wertpap.	„ 560 657.66		
d) sonstige Wertpapiere	„ 2 406 195.88		
	M. 5 923 352.78		
e) eigene Pfandbriefe	„ 6 682 929.56		
f) eigene Kommunalschuldverschreibungen	„ 231 198.70	12 837 481	04
Konsortialbeteiligungen		1 860 693	34
Debitoren in laufender Rechnung:			
a) gedeckte	M. 71 568 097.13		
b) ungedeckte	„ 17 366 871.16	88 934 968	29
Aval-Debitoren der Bankabteilung		8 735 835	08
Hypotheken- und Kommunal-Darlehen:			
Hypothekarische Darlehen (registrierte Hyp.)		400 867 340	48
Kommunal-Darlehen (registrierte Darlehen)		10 131 201	77
Bankgebäude in München, Ansbach, Aschaffenburg, Bad Reichenhall, Bayreuth, Hof, Immenstadt, Kaufbeuren, Kempten, Kulmbach, Memmingen, Nördlingen, Regensburg, Rosenheim, Traunstein u. Würzburg sowie Einrichtung bei den Filialen		4 852 984	56
Immobilien-Konto Börsenbasar München		2 407 931	55
Immobilien-Abwickelungs-Konto der Bankabteilung	M. 555 331.11		
ab: Hypotheken	„ 278 700.—	276 631	11
Immobilien-Konto der Hypotheken-Abteilung	„ 385 139.99		
ab Hypotheken	„ 132 500.—	252 639	99
Lagerhaus, Grundstücke	M. 339 011.55		
Gebäude	„ 244 051.41	583 062	96
Rückstände der Hypotheken-Abteilung:			
aus 1911	M. 4 037.50		
aus 1912	„ 22 947.41		
„ I. Halbjahr 1913	„ 64 364.60		
„ II. „ „	„ 165 028.50	256 378	01
Wertpapiere der Hypotheken-Abteilung:			
Wertpap. d. Spez.-Reserve A	M. 1 346.491.50		
weitere Wertpapiere	„ 460.800.—	1 807 291	50
Reichsstempel, von der Hyp.-Abt. vorausbezahlt		13 925	—
Vortrags-Konto der Hypotheken-Abteilung (bis zum 1. Januar 1914 angefallene Annuitäten, Stückzinsen etc.) Saldo		2 691 194	24
		568 390 576	65

Passiva.

Passiva		M.	Pf
Aktien-Kapital		44 500 000	—
Reservefonds	M. 11 411 001.10		
Rücklagen der Hypotheken-Abteilung	„ 2 575 598.26	13 986 599	36
Talonsteuer-Reserve		350 728	50
Rücklage für Leistungen an den Pensionsverein		62 216	28
Kreditoren:			
a) Nostroverpflichtungen		84 407	93
b) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		1 197 889	66
c) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung			
1. innerh. 7 Tagen fällig	M. 25 834 256.13		
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig	„ 5 711 568.40		
3. nach drei Monaten fällig	„ 13 430 228.53	44 976 053	06
d) sonstige Kreditoren:			
1. innerh. 7 Tagen fällig	M. 19 698 828.29		
2. darüber hinaus bis zu drei Monat fällig	„ 220 204.76		
3. nach drei Monaten fällig	„ 1 798 430.46	23 517 463	51
Kreditoren der Lagerhaus-Abteilung:			
a) K. Bahnamtskasse	M. 76 199.45		
b) K. Zollamtskasse	„ 1 366.65		
c) Verschiedene	„ 50 669.46	128 235	56
Akzepte und Schecks:			
a) Akzepte	M. 26 228 180.88		
b) noch nicht eingelöste Schecks	„ 14 327.20	26 242 508	08
Avalverpflichtungen		8 735 835	08
Hypotheken-Pfandbriefe: Nennwert der umlaufenden Hypotheken-Pfandbriefe:			
a) 4%ige	M. 256 945 600.—		
b) 3½%ige	„ 131 856 900.—	388 802 500	—
Verloste Pfandbriefe (noch im Umlaufe befindliche verloste und gekündete Hypothekenpfandbriefe)		42 400	—
Kommunal-Schuldverschreibungen: Nennwert der umlaufenden Kommunal-Schuldverschreibungen:			
a) 4%ige	M. 5 725 000.—		
b) 3½%ige	„ 3 205 000.—	8 930 000	—
Aktien-Dividenden unerhoben		6 254	85
Coupons: Verfallene Coupons der umlaufenden Hypotheken-Pfandbriefe und Kommunal-Schuldverschreibungen		1 621 600	25
Rein-Gewinn		5 205 884	53
		568 390 576	65

Gewinn- und Verlust-Konto für den 31. Dezember 1913.

Soll.

Soll		M.	Pf
Unkosten:			
Besoldungen der Bankabteilung einschliesslich der vertragsmässigen Tantieme der Gesamt-Direktion	M. 1 556 522.03		
Steuern, Bureau-Erfordernisse, Bekanntmachungen, Beheizung, Beleuchtung, Porti, Telegramme etc.	1 027 266.45	2 583 788	48
Rein-Gewinn		5 205 884	53
		7 789 673	01

Haben.

Haben	M.	Pf
Gewinn-Vortrag aus dem Jahre 1912	259 939	60
Wechsel: Kursgewinn, Zinsen und Provisionen	1 062 322	81
Effekten und Konsortialgeschäfte: Kursgewinn, Zinsen und Provisionen	615 187	22
Zinsen: Ueberschuss der sonstigen Zinsen der Bankabteilung	2 293 613	25
Provisionen: Konto-Korrent-Provisionen und Depotgebühren	1 132 756	43
Gewinne aus Sorten und Coupons	55 855	32
Erträgnis der Hypotheken-Abteilung	2 314 221	42
Erträgnis der Lagerhaus-Abteilung	55 776	96
	7 789 673	01

München, den 27. März 1914.

Die Direktion.

(5727).

DRESDNER BANK.

Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva.

	M.	Pf	M.	Pf
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons			47 023 966	25
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			21 621 809	95
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen			375 895 048	20
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	375 892 348	20		
b) eigene Akzepte	—	—		
c) eigene Ziehungen	—	—		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	2 700	—		
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			61 380 834	95
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			119 068 678	65
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen			116 631 710	85
davon am Bilanztage gedeckt				
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	58 162 627	50		
b) durch andere Sicherheiten	8 545 118	45		
Eigene Wertpapiere			42 594 596	05
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	16 821 005	05		
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	6 605 747	20		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	16 451 508	—		
d) sonstige Wertpapiere	2 716 335	80		
Konsortialbeteiligungen			55 275 961	20
Dauernde Beteiligungen b. anderen Banken und Bankfirmen			36 833 674	45
Debitoren in laufender Rechnung			624 866 045	75
a) gedeckte	455 244 589	65		
b) ungedeckte	169 621 456	10		
ausserdem Aval- u. Bürgschaftsdebitoren M. 87 392 931.05				
Bankgebäude			30 591 245	90
Sonstige Immobilien			2 060 034	70
Pensions-Fonds-Effekten-Konto			4 040 490	95
Effekten-Koto. d. König-Friedrich-August-Stiftung			95 307	50
Effekten-Konto der Georg Arnstaedt-Stiftung			146 850	—
			1 538 126 255	35

Passiva.

	M.	Pf	M.	Pf
Aktien-Kapital-Konto			200 000 000	—
Reserve-Fonds-Konto			51 000 000	—
Reserve-Fonds-Konto B			10 000 000	—
Talonsteuer-Reserve-Konto			800 000	—
Kreditoren				
a) Nostroverpflichtungen			686 064	05
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite			790 126	65
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen			72 050 541	45
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung			405 264 098	70
1. innerhalb 7 Tagen fällig	210 963 615	85		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	126 313 214	50		
3. nach 3 Monaten fällig	67 987 268	35		
e) sonstige Kreditoren			479 604 859	80
1. innerhalb 7 Tagen fällig	298 183 539	85		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	158 964 199	70		
3. nach 3 Monaten fällig	22 457 120	25		
Akzepte und Schecks			287 315 528	30
a) Akzepte	280 697 873	80		
b) noch nicht eingelöste Schecks	6 617 654	50		
Ausserdem				
Aval- u. Bürgschaftsverpflicht. M. 87 392 931.05				
Eigene Ziehungen —				
davon f. Rechnung Dritter —				
Weiterbegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank —				
Dividenden-Konto			35 343	—
Pensions-Fonds-Konto			4 048 044	75
König-Friedrich-August-Stiftung			103 554	65
Georg Arnstaedt-Stiftung			149 341	40
Reingewinn			26 278 752	60
			1 538 126 255	35

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1913.

Verlust.

		M.	Pf
Handlungs-Unkosten-Konto		14 394 224	05
Steuern		2 230 571	15
Abschreibungen:			
a) auf Mobilien-Konto	M. 375 205.10		
b) „ Grundstücke	„ 168 737.55	543 942	65
Reingewinn		26 278 752	60
		43 447 490	45

Gewinn.

	M.	Pf
Vortrag von 1912	276 598	5
Sorten- und Coupons-Konto	367 683	9
Wechsel- und Zinsen-Konto	25 978 297	8
Provisions-Konto	14 585 127	3
Effekten- und Konsortial-Konto	—	—
Erträgnis aus dauernden Beteiligungen bei fremden Banken	1 930 549	5
Tresormieten	309 233	3
	43 447 490	4

Dresden, den 31. Dezember 1913.

DRESDNER BANK.

E. Gutmann. G. von Klemperer. Mueller. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann.

[572

Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1913.

Aktiva.		M.	Pf
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons		40 021 862	17
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		9 741 329	13
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen			
a) Wechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 257 539 351,46		
b) eigene Akzepte	—,—		
c) eigene Ziehungen	—,—		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—,—	257 539 351	46
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		71 163 926	78
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		104 955 574	85
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		133 849 721	99
davon am Bilanztage gedeckt			
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	M. 43 614 110,50		
b) durch andere Sicherheiten	„ 22 622 526,24		
Eigene Wertpapiere			
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs u. der Bundesstaaten	M. 13 544 906,50		
b) sonstige bei d. Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	„ 2 799 163,55		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	„ 9 402 095,45		
d) sonstige Wertpapiere	„ 4 373 943,85	30 120 109	35
Konsortial-Beteiligungen		60 717 232	13
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg		50 000 000	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		64 723 559	13
Debitoren in laufender Rechnung			
a) gedeckte	M. 292 234 991,60		
davon durch börsengängige Effekten gedeckt M. 162 759 651,30			
b) ungedeckte	„ 99 060 164,79	391 295 156	39
Außerdem Aval- und Bürgschaftsdebitoren M. 57 012 619,15			
Effekten-Bestände der Pensionskasse und der Stiftungsfonds		5 986 385	65
Mobilien		200 000	—
Bankgebäude in Berlin, London, Bremen, Frankfurt a. M., Mainz, Frankfurt a. O. und Essen	M. 18 939 164,74		
Abzügl. Ueberweis. aus d. Gewinn- u. Verl.-Rechn. v. 1913	„ 1 000 000,—	17 939 164	74
		1 238 253 373	77

Passiva.			M.	Pf
Eingezahlte Kommandit-Anteile			200 000 000	—
Allgemeine (gesetzliche) Reserve			57 300 000	—
Besondere Reserve			24 000 000	—
Kreditoren				
a) Nostroverpflichtungen		M. —,—		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		„ 11 623 072,—		
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		„ 75 802 530,86		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 144 766 912,56			
2. darüb. hinaus b. zu 3 Mon. fällig	M. 92 807 003,52			
3. nach 3 Monaten fällig	M. 67 156 113,05	„ 304 730 029,13		
e) sonstige Kreditoren:				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 191 509 888,10			
2. darüb. hinaus b. zu 3 Mon. fällig	M. 82 985 569,67			
3. nach 3 Monaten fällig	M. 7 372 893,72	„ 281 868 351,49	674 023 983	48
Akzepte und Schecks:				
a) Akzepte		„ 246 331 308,80		
b) noch nicht eingel. Schecks		„ 4 609 698,37	250 941 007	17
Ausserdem Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen	M. 57 012 619,15			
Eigene Ziehungen	M. —,—			
davon für Rechnung Dritter	„ —,—			
Weiterbegeb Solawechsel d. Kund. a. d. Ord. d. Bank	„ —,—			
David Hansemannsche Pensionskasse		M. 5 108 685,70		
Hierzu Ueberweis. a. d. Gew.- u. Verlust-Rechn. v. 1913		„ 300 000,—	5 408 685	70
Adolph von Hansemann-Stiftung		M. 500 092,59		
Schoeller-Stiftung		„ 243 899,65		
Dr. Arthur Salomonsohn-Stiftung		„ 49 324,65		
Sonstige Stiftungsfonds für d. Angest. d. Gesellschaft		„ 292 731,60	1 086 048	49
Noch nicht abgehobene Dividenden der früheren Jahre			35 490	—
Rückstellung für Talonsteuer		M. 1 031 428,60		
Hierzu Ueberweis. a. d. Gew.- und Verlust-Rechn. v. 1913		„ 272 857,15	1 304 285	75
10% Dividende auf M. 200 000 000 Kommandit-Anteile			20 000 000	—
Tantieme des Aufsichtsrats			631 578	94
Gewinn-Beteiligung der Geschäftsinhaber			2 305 263	16
Uebertrag auf neue Rechnung			1 217 031	08
			1 238 253 373	77

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1913.

Soll.	M.	Pf
Verwaltungskosten einschl. Tantieme der Angestellten	12 666 216	72
Steuern	2 090 435	27
Zu verteilender Reingewinn	25 726 730	33
	40 483 382	32

Haben.	M.	Pf
Saldo-Vortrag aus 1912	1 209 022	75
Effekten	3 242 425	72
Kurswechsel	1 784 835	68
Coupons	153 149	98
Verfallene Dividende	378	—
Provision	9 840 496	29
Diskont und Zinsen	16 038 310	74
Beteilig. bei d. Norddeutschen Bank in Hamburg	5 000 000	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	3 214 763	16
	40 483 382	32

Bilanz der Deutschen Bank, Berlin

am 31. Dezember 1913.

Aktiva

1. Nicht eingezahltes Aktienkap.		— —
2. Kasse, fremde Geldsort. u. Coup.		90 348 302 23
3. Guth. b. Noten- u. Abrechn.-Bk.		37 100 603 57
4. Wechs. u. unverz. Schatzanw.		
a) Wechs. (m. Ausschl. v. b, c, u. d) u. unverzinsl. Schatzanweis. des Reichs u. der Bundesstaaten	639 001 793 25	
b) eigene Akzepte	— —	
c) eigene Ziehungen	400 418 85	
d) Solawechsel d. Kunden an die Order der Bank	— —	639 402 212 10
5. Nostroguth. b. Bank. u. Bkfirm.		61 734 630 78
6. Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		233 226 705 30
7. Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		216 769 036 64
dav. a. Bilanztage gedeckt		
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	66 928 823 46	
b) durch andere Sicherheiten	60 648 745 63	
8. Eigene Wertpapiere		
a) Anl. u. verzinsl. Schatzanw. d. Reichs u. d. Bundesstaat.	131 693 780 06	
b) sonst. b. d. Reichsbank u. ander. Zentralnotenbanken beleihbar. Wertpapiere	9 703 933 37	
c) sonst börsengäng. Wertpap.	18 008 185 80	
d) sonstige Wertpapiere	1 795 723 35	161 201 622 58
9. Konsortialbeteiligungen		53 462 472 22
10. Dauernde Beteilig b. anderen Banken u. Bankfirmen		82 469 426 35
11. Debitor. in laufend. Rechnung		
a) gedeckte durch börsengäng. Wertpap. M. 348735293.64, „ ander. Sicherheit. „ 163705560.11	512 440 853 75	
b) ungedeckte	126 019 341 87	638 460 195 62
Ausserdem: Aval- u. Bürgschaftsdebit.	142 300 710 51	
12. Bankgebäude		31 500 000 —
13. Sonstige Immobilien		— —
14. Sonstige Aktiva		1 —
Summa der Aktiva Mark		2 245 675 207 39

Passiva

1. Aktienkapital		200 000 000 —
2. Reserven		112 500 000 —
3. Kreditoren		
a) Nostroverpflichtung	1 824 562 81	
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	—	
c) Guthab. deutscher Banken und Bankfirmen	129 702 478 83	
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung 1. innerh. 7 Tagen fällig M. 626 563 918.34; 2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig M. 181 717 653.70; 3. nach 3 Monaten fällig M. 90 725 167.98	899 006 740 02	
e) sonstige Kreditoren 1. innerh. 7 Tagen fällig M. 315 246 966.52; 2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig M. 97 694 128.61; 3. nach 3 Monaten fällig M. 136 570 913.65	549 512 008 78	1 580 045 790 44
4. Akzepte und Schecks		
a) Akzepte	284 078 810 78	
b) noch nicht eingel. Schecks	16 624 283 89	300 703 094 67
Ausserdem: Aval- u. Bürgschaftsverpfl.	142 300 710 51	
Eigene Ziehungen	400 418 85	
davon für Rechn. Dritter M. 242 102.50		
Weiter begebene Salowechs. der Kund. an d. Ord. d. Bank	— —	
5. Sonstige Passiva		
Dividende unerhoben	34 134 —	
Dr. Georg von Siemens-Fonds für die Beamten	7 565 162 90	
Rückstellung f. Talonsteuer	1 960 000 —	
Uebergangspost. d. Zentrale u. d. Filialen untereinand.	7 121 618 45	16 680 915 35
6. Reingewinn		35 745 406 93
Summa der Passiva Mark		2 245 675 207 39

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.

Gehälter, Weihnachtsgratifik. an die Beamten und allgem. Unk.	21 681 534 11	
Beamtenfürsorge-Verein	1 381 248 10	
Wohlfahrtseinrichtungen für die Beamten (Klub, Kantinen und freiwillig übernommene Versicherungsbeiträge)	258 158 95	
Steuern und Abgaben	3 617 696 57	
Gewinnbeteiligung an Vorstand, stellvertr. Direktoren, Abteil.-Direktoren und 11 Filialdirektionen (67 Personen)	3 906 276 58	
Rückstellung für Talonsteuer	360 000 —	31 204 914 31
Abschreibung. auf Bankgebäude	3 799 062 25	
„ „ Mobilien	577 502 54	4 376 564 79
Saldo, zur Verteil. verbl. Uebersch.		35 745 406 93
Mark		71 326 886 03

Kredit.

Saldo aus 1912		3 019 749 50
Gewinn auf Wechsel- u. Zinsen-Konto	35 423 752 35	
„ „ Sorten, Kupons u. zur Rückzahlung gekünd. Effekten	451 645 52	
Gewinn auf Effekten	1 132 047 43	
„ „ Konsortial-Geschäfte	3 575 794 40	
„ „ Provisions-Konto	21 030 542 80	
„ aus Dauernd. Beteilig. bei fremden Unternehmungen u. Kommanditen	6 693 354 03	68 307 136 53
Mark		71 326 886 03

Vorstehende Bilanz sowie das Gewinn- und Verlust-Konto haben wir geprüft und mit den Büchern der **Deutschen Bank** übereinstimmend gefunden.

Berlin, den 4. März 1914.

Die Revisions-Kommission des Aufsichtsrates.
Berve Büsing Steinthal Wallich Zwilgmeyer.

Der Vorstand der Deutschen Bank.

A. v. Gwinner. E. Heinemann. Dr. K. Helfferich.
Paul M. Herrmann. C. Clönne. P. Mankiewitz.
C. Michalowsky. O. Schlitter. G. Schröter.
O. Wassermann.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Bilanz-Konto 31. Dezember 1913.

Aktiva.		M.	Pf
Kassa, fremde Geldsorten und Koupons		12 756 668	21
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		3 127 263	94
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen			
a) Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	M. 88 291 193.15		
b) eigene Akzepte	„ 1 603 780.30		
c) eigene Ziehungen	„ 1 317 861.75		
d) Solawechsel der Kunden	„ —	91 212 835	20
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		11 418 286	47
Lombards u. Reports geg. börsengäng. Wertpapiere		5 133 704	86
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		24 675 819	48
davon am Bilanztage gedeckt:			
a) durch Waren, Fracht- od. Lagerscheine	M 17 458 066.10		
b) durch and. Sicherheiten	„ 3 666 213.80		
Eigene Wertpapiere			
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweis. des Reichs und der Bundesstaaten	M. 7 569 340.40		
b) sonstige b. d. Reichsbank u. and. Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	„ 1 297 929.52		
c) M. 50 500.— eigene $3^1/_2$%ige Pfandbriefe	„ 45 232.10		
d) sonst. börsengäng. Wertpap.	„ 10 793 404.15		
e) sonstige Wertpapiere	„ 3 383 492.30	23 089 398	47
Konsortial- und Finanzgeschäfte		13 652 127	06
Dauernde Beteiligungen bei Banken		14 530 358	—
Debitoren in laufender Rechnung			
a) gedeckte durch börsengängige Wertpapiere	M. 76 391 092.68		
gedeckte d. and. Sicherh.	„ 128 612 560.93		
daher gedeckte	M. 205 003 653.61		
b) ungedeckte	„ 70 123 666.59	275 127 320	20
ausserdem			
Aval- und Bürgschafts-Debitoren M. 7 599 867.23			
Bankgebäude		7 170 000	—
Immobilien	M. 6 058 805.90		
abzüglich Hypotheken	„ 1 172 294.13	4 886 511	77
Sonstige Aktiva.			
Hypotheken	M. 5 991 716.51		
Mobiliar	„ 430 000.—		
Pfandbrief-Abteilung Aktiv-Saldo	„ 2 787 163.80	9 208 880	31
		495 989 173	97

Passiva.			M.	Pf
Aktien-Kapital			110 000 000	—
Reserven				
Reservefonds I		M. 39 450 000.—		
Reservefonds II		„ 6 350 000.—		
Filialen-Reservefonds		„ 900 000.—	46 700 000	—
Kreditoren				
a) Nostroverpflichtungen		M. 634 505.15		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		„ 5 903 624.30		
c) Guthab. deutscher Banken und Bankfirmen		„ 5 277 030.43		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 80 747 155.58			
2. darüb. hinaus b. zu 3 Mon. fällig	„ 39 305 338.69			
3. n. 3 Mon. fällig	„ 26 596 781.08	„ 146 649 275.35		
e) sonstige Kreditoren				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 65 111 386.11			
2. darüber hinaus b. zu 3 Mon. fällig	„ 17 380 767.10			
3. n. 3 Mon. fällig	„ 11 271 148.10	„ 93 763 301.31	252 227 736	54
Akzepte und Schecks				
a) Akzepte		M. 71 957 919.48		
b) noch nicht eingel. Schecks		„ 428 652 31	72 386 571	79
ausserdem				
Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen	M. 7 599 867.23			
Eig. Zieh. überh.	„ 1 610 167.30			
dav. f. Rech. Dritt.	328 029.10			
Weiterbegb. Solawechs. d. Kund. a. d. Ord. d. Bank	„ —			
Sonstige Passiva.				
Beamten-Pensionsfonds		M. 2 315 289.30		
K. pro Div. Kred M. 2 826 990.17 / Deb. „ 1 497 282.59		„ 1 329 707.58		
Aktien-Div., noch nicht erhob.		„ 25 489.50	3 670 486	38
Gewinn- und Verlust-Konto				
$8^1/_2$% Divid v. M. 110 000 000.— Aktienkapital		M. 9 350 000.—		
Gewinnant. d. Vorst. u. d. Aufsichtsrates, Gratifik. u. Tant. an d. Beamt. u. Angestellt., sow. Beitr. z. Pensionsfonds		„ 1 278 513.—		
Vortr. a. d. neue Rechnungsjahr		„ 375 866.26	11 004 379	26
			495 989 173	97

Gewinn- und Verlust-Konto 31. Dezember 1913.

Debet.	M.	Pf
Vergütete Zinsen im Konto-Korrent und auf Depositengelder	9 422 089	25
Courtage, Reichsstempel, verausgabte Provisionen usw.	150 423	27
Abgaben und Staatsaufsicht	1 448 537	76
Besoldungen und Remunerationen	2 531 457	—
Handlungsunkosten	1 592 446	27
Abschreibung auf Mobiliar	409 893	53
Abschreibung auf Bankgebäude	128 992	12
Filialen-Reservefonds	100 000	—
Reingewinn des 57. Rechnungsjahres	11 004 379	26
	26 788 218	46

Kredit.	M.	Pf
Uebertrag vom vorigen Rechnungsjahre	326 984	79
Zinsen und Gewinn auf Wechsel	4 814 962	60
Zinsen und Gewinn auf Effekten	1 674 326	70
Zinsen von Pfandgeschäften	356 381	45
Laufende Rechnungen, berechnete Zinsen	13 943 520	70
Vereinnahmte Provisionen	4 174 087	38
Zinsen auf Hypoth. ausserh. der Pfandbrief-Abteil.	209 110	34
Agio-Gewinn	107 096	33
Ertrag der dauernden Beteiligungen	778 630	77
Ertrag der Immobilien	40 591	74
Bankgebäude, Ertrag	208 678	79
Ueberschuss der Pfandbrief-Abteilung	153 846	87
	26 788 218	46

Pfandbrief-Abteilung. **Kapital-Konto 31. Dezember 1913.**

Aktiva.	M.	Pf	Passiva.	M.	Pf
Hypotheken gegen die ausgegebenen Pfandbriefe ausgeliehene Hypotheken	8 979 511	88	Pfandbriefe. 4%ige Pfandbriefe VII., IX., XII. Serie . . . . M. 1 749 500.— 3½%ige Pfandbriefe X., XI., XIV. Serie . . . . . . 4 473 500.—	6 223 000	—
Hypotheken-Zinsen fällige Hypotheken-Zinsen . . M. 47 709.69 noch nicht fällige Hypotheken-Zinsen berechnet bis 31. Dezember 1913 . . . . 3 382.23	51 091	92	Zinscoupons noch einzulösende Pfandbrief-Coupons . . .	20 440	—
			Bank-Abteilung Aktiv-Saldo der Pfandbrief-Abteilung . . .	2 787 163	80
	9 030 603	80		9 030 603	80

Gewinn- und Verlust-Konto der Pfandbrief-Abteilung 31. Dezember 1913.

Debet.	M.	Pf	Kredit.	M.	Pf
Zinscoupon-Einlösung	233 116	25	Hypotheken-Zinsen	386 963	12
Ueberschuss auf Gewinn- und Verlust-Konto der Bank-Abteilung übertragen	153 846	87			
	386 963	12	[5723]	386 963	12

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Favreau. Keller. Petersen. Dr. Schoen.

Terraingesellschaft Berlin-Nordost.

In der ordentlichen General-Versammlung unserer Aktionäre vom 16. März 1914 ist die Erhöhung des Grundkapitals unserer Gesellschaft von 2 100 000 M. um 700 000 M. auf 2 800 000 M. durch Ausgabe von 700 auf den Inhaber lautende Aktien von je 1000 M. mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1914 ab, unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre, beschlossen worden.

Die neuen Aktien sind von einem Konsortium mit der Verpflichtung übernommen worden, sie den Aktionären der Gesellschaft zum Kurse von 160% derart anzubieten, daß mit einer Frist von mindestens 2 Wochen auf nom. 3000 M. alte Aktien eine junge Aktie von nom. 1000 M. bezogen werden kann.

Nachdem der Erhöhungsbeschluß in das Handelsregister eingetragen worden ist, fordern wir die Aktionäre auf, das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Die Anmeldung hat bei Vermeidung des Ausschlusses **vom 26. März bis 9. April 1914 einschließlich** bei der **Mitteldeutschen Creditbank, Berlin, Burgstr. 24** oder bei dem Bankhause **Steinfeld & Co., Berlin, Mohrenstr. 6** innerhalb der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen.
2. Bei der Anmeldung sind die alten Aktien ohne Dividendenbogen, unter Beifügung von zwei gleichlautenden, mit arithmetisch geordnetem Nummernverzeichnis versehenen Anmeldescheinen, zur Abstempelung einzureichen. Entsprechende Formulare sind bei den oben erwähnten Stellen erhältlich. Die alten Aktien werden gestempelt zurückgegeben.
3. Der Bezugspreis von 160% sowie der Schlußscheinstempel sind bei der Anmeldung in bar zu entrichten.
4. Beträge von weniger als nom. 3000 M. bleiben unberücksichtigt, jedoch ist jede Bezugsstelle bereit, die Verwertung oder den Zukauf von Bezugsrechten zu vermitteln. Die Aushändigung der bezogenen neuen Aktien erfolgt nach Ablauf der Bezugsfrist bei derjenigen Stelle, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist.

Berlin, den 24. März 1914.

Terraingesellschaft Berlin-Nordost.

H. v. Holst [5719

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt Greiz und Frankfurt a. M.

Bilanz am 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M.	Pf
Kasse und Bankguthaben	463 129	64
Schuldner in laufender Rechnung	129 252	63
Wertpapiere	764 557	30
Wertpapiere des Pensionsfonds	51 230	—
Wechselbestand	16 912	46
Hypotheken-Darlehen (davon zur Pfandbriefdeckung bestimmt M. 50 369 323,04) . . .	50 793 079	75
Kommunal-Darlehen	321 290	13
Renten-Darlehen	27 919 102	67
Zinsen und gleichstehende Leistungen aus:		
Hypotheken-Darlehen (rückst. M. 19 350,10)	641 466	20
Kommunal- „ („ „ —,—)	7 312	50
Renten- „ („ „ 22 352,88)	654 775	09
Bankgebäude in Greiz abzüglich Abschreibung	156 943	37
Inventar „ „	4 060	87
	81 923 112	61

Passiva.	M.	Pf
Aktienkapital	7 500 000	—
Reservefonds	370 052	20
3½% Hypotheken-Pfandbriefe	1 837 900	—
4% „ „	46 729 100	—
3½% Kommunal-Obligationen	40 200	—
3% Grundrentenbriefe	244 000	—
3½% „	460 300	—
4% „	22 827 000	—
Fällige Grundrentenbriefe	18 396	—
Fällige und anteilige Coupons unserer Obligationen	818 694	74
Rückständige Dividende pro 1909/12	495	—
Verzinsliche Bareinlagen	32 423	06
Gläubiger in laufender Rechnung	255 175	73
Vorausbezahlte Zinsen, Annuitäten und Renten	3 885	69
Reservekonto Gewinn auf veräusserte Grundstücke	4 200	65
Talonsteuerkonto	125 000	—
Disagiokonto	70 840	03
Beamten-Pensionsfonds	54 491	96
Ueberschuss der Aktiva über die Passiva . .	530 957	55
(5729)	81 923 112	61

Die Einlösung der Gewinnanteilscheine für **1913** mit 4¾% erfolgt **von heute an** bei uns und unseren bekannten Einlösestellen.

Actien-Commandit-Gesellschaft

Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.

Netto-Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva.		M.	Pf
Nicht eingezahltes Aktienkapital		7 500 600	—
Kasse, fremde Geldsorten und Koupons		3 175 071	24
Guthaben bei Noten- und Abrechnungs- (Clearing-) Banken		6 079 931	48
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		52 440 808	01
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		9 271 162	03
Reports u. Lombards geg. börsengängige Wertp.		26 078 711	24
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen		13 140 011	94
Eigene Wertpapiere		14 821 497	47
Konsortialbeteiligungen		2 033 278	45
Dauernde Beteilig. b. ander. Banken u. Bankfirm.		10 000 000	—
Debitoren in laufender Rechnung		163 511 380	86
Außerdem: Aval- u. Bürgschaftsdebitoren	M. 37 741 521,65		
Bankgebäude		8 075 200	—
Sonstige Immobilien		1 779 000	—
Mobilien		480 900	—
Summe der Aktiva		318 387 552	72

Passiva.		M.	Pf
Aktien-Kapital-Konto	M. 99 481 800,—		
Einlage-Konti der persönlich haftenden Gesellschafter	„ 518 200,—		
Verantwortliches Kapital		100 000 000	—
Reserven:			
a) ordentliche Reserve	M. 14 925 000,—		
b) Konto-Korrent-Reserve	„ 1 175 000,—	16 100 000	—
Kreditoren		121 316 134	36
Akzepte und Schecks		74 282 064	76
Sonstige Passiva:			
Rückstellung f. Wehrbeitrag	M. 80 000,—		
Rückstellung f. Talonsteuer	„ 300 000,—		
Aktien-Div.-Konti 1909/12	„ 6 953,—		
Aktien-Div.-Konto 1913	„ 6 012 461,—		
Gewinn- u. Verlust-Kt. 1914	„ 289 939,60	6 689 353	60
Summe der Passiva		318 387 552	72

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1913.

Debet.		M.	Pf
Verwaltungskosten-Konto		3 136 139	71
Steuer-Konto und öffentliche Lasten		827 814	17
Abschreibung und Rückstellung			
auf Debitoren	M. 500 000,—		
auf Immob., Mobil. u. Utens.	„ 390 977,69		
auf Talonsteuer	„ 135 000,—		
auf Wehrbeitrag	„ 80 000,—	1 105 977	69
Tantieme an den Aufsichtsrat		273 397	91
Reingewinn		6 927 400	60
Hiervon:			
Dividende $6^1/_2$% auf M. 92 499 400,—	M. 6 012 461,—		
Zuweisung z. Delkrederefonds zur Stärkung der inneren Rücklage	625 000,—		
Gewinn- u. Verlust-Kto. 1914 Vortrag auf neue Rechnung	„ 289 939,60		
	M. 6 927 400,60		
		12 270 730	08

Kredit.	M.	Pf
Vortrag aus 1912	274 925	03
Provisions-Konto	4 486 031	26
Zinsen-Konto einschliesslich des Ergebnisses der Wechsel-Arbitrage u. d. Beteilig. bei ander. Gesellschaft.	7 290 968	91
Effekten- und Konsortial-Gewinn	218 804	88
	12 270 730	08

Barmen, den 26. März 1914. [5722]

Die persönlich haftenden Gesellschafter:

L. Arioni, Th. Hinsberg, C. Heinz, M. von Rappard.

Große Berliner Straßenbahn.

Bilanz am 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M.	Pf
Bahnkörper	74 714 188	82
Bahnhöfe und Werkstätten	24 143 249	08
Wagen	39 313 921	30
Konzessionen, nach Abschreib. v. M. 530 000.—	18 956 300	—
Maschinen „ „ „ „ 24 437.26	219 935	35
Mobilien „ „ „ „ 38 856.33	1	—
Utensilien	1	—
Pferde	1	—
Geschirre	1	—
Dienstkleidung nach Abschr. von M. 369 705.77	1	—
Bestände an Bau- und Betriebsmaterialien	3 735 506	87
Konto-Korrent, Verschiedene Guthaben	10 760 234	32
Barbestand	462 794	56
Wertpapiere und Hypotheken		
als Kautionen bei Behörden	469 531	70
„ Anlage des Reservefonds	11 716 666	82
„ „ „ Tilgungsfonds	24 428 216	82
„ „ „ Beamten-Kautionsfonds	668 116	65
Aktien der Allgemeinen Berliner Omnibus A.-G.	8 598 922	76
	218 187 590	05

Passiva.		M.	Pf
Aktien-Kapital		100 082 400	—
4% Schuldverschreibungen	M. 44 449 500.—		
Davon unbegeben	„ 11 538 000.—	32 911 500	—
$4^1/_2$% Schuldverschreibungen	M. 25 000 000,—		
Davon unbegeben	„ 3 067 000 —	21 933 000	—
Hypotheken		1 726 000	—
Unbehobene Dividenden		14 053	75
$3^1/_2$% Unbehobene gekündigte Schuldverschreib.		1 449	50
4% Unbehobene gekündigte Schuldverschreib.		621 796	50
Rückstellung f. Zinsen der $4^1/_2$% Schuldverschr.		411 243	75
Reservefonds		11 716 212	78
Tilgungsfonds		24 428 389	98
Talonsteuer-Rückstellung		565 000	—
Wehrbeitrag-Rückstellung		150 000	—
Beamten-Kautionen		680 738	80
Haftpflicht-Versicherungsfonds		1 235 723	40
Konto-Korrent		4 325 437	15
Erneuerungsfonds I		5 275 392	95
Erneuerungsfonds II		1 827 312	50
Lästige Betriebsverpflichtungen		908 360	—
Gewinn- und Verlustrechnung		9 373 578	99
		218 187 590	05

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.	M.	Pf
4% Schuldverschreibungen-Zinsen	1 267 990	—
$4^1/_2$% Schuldverschreibungen-Zinsen	273 799	05
Hypotheken-Zinsen	70 441	75
Gesamt-Abschreibungen	962 999	36
Tilgungsfonds	500 000	—
Talonsteuer-Rückstellung	120 000	—
Wehrbeitrag-Rückstellung	150 000	—
Haftpflicht-Versicherungsfonds	350 000	—
Erneuerungsfonds I	2 500 000	—
Erneuerungsfonds II	550 000	—
Vertragsmässige Abgaben an die Gemeinden	3 266 674	37
Saldo	9 373 578	99
	19 385 483	52

Haben.		M.	Pf
Gewinn-Vortrag aus 1912		17 612	24
Zinsen		437 091	98
Betriebseinnahmen	M. 45 775 318.04		
Betriebsausgaben	„ 26 844 538.74	18 930 779	30
		19 385 483	52

5724]

Berlin, den 28. Februar 1914.

Die Direktion. **Dr. Wussow. Meyer. Dr. W. Micke. Otto.**

Nach vorgenommener Prüfung der Belege und Bücher der Gesellschaft bescheinigen wir hiermit die ordnungsmässige Führung der Bücher und die Uebereinstimmung der vorstehenden Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung mit denselben.

Berlin, den 13. Februar 1914.

Oskar Zwickau, öffentlich angestellter, beeidigter Bücherrevisor.

Emil Krynitz, gerichtlicher Bücherrevisor.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt“ und für den Inseratenteil: M. Hauschner, Berlin.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.